

 PARTEIENMONITOR AKTUELL



Zu bedeutungslos für ein Verbot

Die Entwicklung der NPD seit 2013

Marc Brandstetter

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Kommissarische Leiterin
der Hauptabteilung
Politik und Beratung und
Leiterin des Team Empirische Sozialforschung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3506
viola.neu@kas.de

Tobias Montag

Koordinator Innenpolitik
Team Innenpolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3377
tobias.montag@kas.de

Das Wichtigste auf einer Seite

- Am 17. Januar 2017 wies das Bundesverfassungsgericht den Antrag des Bundesrates auf ein Verbot der NPD zurück. Nach Meinung der Karlsruher Richter vertrete die NPD ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept, sie sei aber aktuell schlicht zu unbedeutend für ein Verbot. Die höchstrichterliche Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit der NPD schränkt ihren Handlungsspielraum ein.
- Die NPD wird im Gegensatz zum ersten Verfahren nicht von der Einstellung des Verfahrens profitieren.
- Ihre Führungsrolle innerhalb des rechten und extrem rechten Milieus hat die NPD im Laufe der letzten Jahre eingebüßt. Sie ist nicht mehr das „Gravitationszentrum“ des Rechtsextremismus. Während sie auf der Straße neue Neonazi-Parteien wie „Der Dritte Weg“ oder „Die Rechte“ bzw. neue Organisationsformen wie PEGIDA und die „Identitäre Bewegung“ (IB) unter Druck setzen, hat ihr die AfD an der Wahlurne längst den Rang abgelaufen.
- Die NPD wird in absehbarer Zeit nicht auf die Erfolgsspur zurückfinden. Die Flügelkämpfe sind längst nicht aufgearbeitet und werden zukünftig für Meinungsverschiedenheiten sorgen.
- Die Parteifunktionäre setzen verstärkt auf „verdeckte“ Ansprachen. Demonstrationen werden von Tarnorganisationen angemeldet, Protestveranstaltungen ebenso. Mancherorts mit erstaunlicher Resonanz, überregional wird die Partei aber kaum punkten.
- Die Partei darf dessen ungeachtet nicht unterschätzt werden. Der Fanatismus ihrer Anhänger ist ungebrochen und sichert ihr das Überleben – wenngleich auf bescheidenem Niveau.

Inhalt

Einleitung	4
Das gescheiterte Verbotsverfahren – Historie, Verlauf, Folgen	5
Beschlossene Sache: Das Zweite Verbotsverfahren	5
Veränderte Ausgangslage	6
Gescheiterter Verbotsantrag	7
Auswirkungen auf die NPD	10
Intern angeschlagen: Anhaltende Führungskrise	12
Holger Apfel am Ende	12
„Hoffnungsträger“ Pastörs scheitert	15
Flüchtende Nachwuchskader, Rocker und selbsterklärte Neonazis: Die Partei zerfällt .	17
Die jungen „Kameraden“ gehen von Bord	17
Ex-Erotik-Darstellerinnen und Rocker: Attacken aus Bayern	18
Neonazis nicht (mehr) willkommen	19
Weitere NPD-Landesvorsitzende unter Druck	20
Kompromisskandidat Frank Franz: Eigene Konzepte und doch überfordert	22
Ratlos am Abgrund	23
Schritt für Schritt tiefer in die Bedeutungslosigkeit: Die Wahlen nach Apfel	24
Achtungserfolg bei der Europawahl	24
Die Hochburg Sachsen fällt	25
Thüringen: Scheitern mit Ansage	27
Abgehängt in Brandenburg	28
Ratlos in Sachsen-Anhalt	29
Mecklenburg-Vorpommern stürzt die NPD vollends in die Krise	29
Berlin zementiert den Niedergang	32
Strategisch ratlos	32
Alter Wein in neuen Schläuchen	32
Ohne NPD im Namen	35
Fazit und Ausblick	38

Einleitung

Der Bundestagswahl 2005 maß der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt in einem Beitrag für die Parteizeitung *Deutsche Stimme* (DS) „historische Bedeutung“ zu. Gut ein Jahr nachdem die rechtsextremistische Partei nach fast vier Jahrzehnten wieder in ein Landesparlament eingezogen war, behauptete der Funktionär, mit dem Einzug der NPD in den „Deutschen Reichstag“ gehe die Nachkriegszeit zu Ende.¹ Von dem sächsischen Ergebnis (9,2 Prozent) bei der Landtagswahl 2004 blieb die NPD auf Bundesebene weit entfernt: Lediglich 1,6 Prozent der Stimmen schlugen zu Buche, was allerdings eine Vervierfachung des Resultates aus dem Jahre 2002 bedeutete. Für Voigt kein Grund, seine hochtrabenden Pläne zu den Akten zu legen. Nachdem er 2008 erneut auf den Chefsessel gewählt worden war, versicherte er den Delegierten des Parteitags: „Ich habe noch die Vision, für diese Partei in den Reichstag zu ziehen“.

Von einer bundesweiten Etablierung ist die NPD heute genauso weit entfernt wie in den 1990er Jahren, als sie bei den meisten Wahlen nicht einmal die Hürde zur Teilnahme an der staatlichen Parteienteilfinanzierung erreichen konnte. Nicht nur ausbleibende Wahlerfolge setzen der Partei, die im Herbst 2015 ihr fünfzigjähriges Bestehen feierte, zu: Die Mitgliederzahlen gingen zurück und stagnieren auf niedrigem Niveau. In manchen Gebieten, besonders in Westdeutschland, verfügt die Partei nicht mehr über arbeitsfähige Strukturen. Die ideologischen Grabenkämpfe unterschiedlicher Flügel, die wiederum zum Rückzug früher prägender Führungsfiguren führten, sind längst nicht aufgearbeitet. Außerdem brachten Finanzprobleme die NPD immer wieder an den Rand des Ruins. Aufgrund dieser angespannten Situation wirkt die aktuelle Parteiführung rat- und planlos. Auf den Erfolg der AfD, die für die NPD insbesondere an der Wahlurne zu einem anhaltenden Problem geworden ist, hat die Partei keine Antwort parat.

In seinem Urteil im NPD-Verbotsverfahren vom 17. Januar 2017 bescheinigte das Bundesverfassungsgericht der Partei ihre politische Bedeutungslosigkeit. „Ein Erreichen der verfassungswidrigen Ziele der NPD mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln erscheint ausgeschlossen“, schrieb Karlsruhe hierzu. Der bescheidene Höhenflug der NPD ist längst vorbei. Die Rechtsextremisten schlittern immer tiefer in die Krise. Hierüber gibt diese Studie Auskunft, die neben dem gescheiterten Verfahren die innere Entwicklung der Partei, ihre Wahlteilnahmen und strategischen Ansätze nachzeichnet.

¹ Vgl. Voigt, Udo: *Glaubwürdige, politische Alternative*. In: *Deutsche Stimme*, September 2005, S. 2.

Das gescheiterte Verbotsverfahren – Historie, Verlauf, Folgen

Beschlossene Sache: Das Zweite Verbotsverfahren

Gut ein Jahr nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU), einer rechtsextremistischen Terrorzelle, der zehn Morde an neun Migranten und einer Polizistin, mindestens zwei Bombenanschläge und zahlreiche Banküberfälle zugeschrieben werden, diskutierten die Innenminister des Bundes und der Länder auf einem Treffen in Rostock-Warnemünde Anfang Dezember 2012 über die Eröffnung eines zweiten Verbotsverfahrens gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Entscheidung, den erneuten Gang nach Karlsruhe zu wagen, fiel einstimmig aus. Am Folgetag schlossen sich die Ministerpräsidenten – ebenfalls ohne Gegenstimme – dieser Empfehlung an; am 14. Dezember 2012 beschloss der Bundesrat, einen Verbotsantrag einzureichen. Christine Lieberknecht (CDU), damals Ministerpräsidentin von Thüringen, sagte zur Begründung, die Länderkammer sei von der Verfassungswidrigkeit der NPD überzeugt. Die Organisation verfolge ihre Ziele in aggressiv-kämpferischer Weise. Sie habe damit den geistigen Nährboden für die Morde des NSU bereitet und dürfe daher nicht länger als Partei anerkannt und mit Steuergeldern finanziert werden.² Ein Jahr später schickten die beiden Prozessbevollmächtigten des Bundesrates, die Berliner Professoren Christoph Möllers und Christian Waldhoff, ihren Antrag nach Karlsruhe. Anders als beim ersten Verfahren schlossen sich die anderen beiden antragsberechtigten Verfassungsorgane – der Bundestag und die Bundesregierung – der Initiative nicht an. Ein entsprechender SPD-Antrag scheiterte im Bundestag mit 211 Ja-Stimmen bei 326 Gegenstimmen. Vierzig Abgeordnete enthielten sich. Die Bundesregierung unterstützte die Länder allerdings bei der Sammlung von Beweismaterial.

Am Tag nach der Antragstellung sprach die NPD auf einer eilig anberaumten Pressekonferenz in Berlin von einem „Skandal“ und einem „Possenspiel“. Die NPD bekenne sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, teilte der damalige Parteichef Holger Apfel mit. Eine Partei, die nichts Verbotenes tue, könne nicht verboten werden.³

² Vgl. Spiegel online: „Bundesrat beschließt NPD-Verbotsantrag“, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesrat-zieht-wegen-npd-verbot-vor-bundesverfassungsgericht-a-872920.html> [eingesehen am 16.12.2016].

³ Vgl. Denkler, Thorsten: Herr Apfel hat die Schnauze voll, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-reagiert-auf-verbotsantrag-herr-apfel-hat-die-schnauze-voll-1.1835376> [eingesehen am 16. Dezember 2016].

Veränderte Ausgangslage

Bereits 2013 hatte die NPD ihren Zenit überschritten. Die nach wie vor anhaltende Schwächephase setzte spätestens nach dem Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2011 ein. Wahlergebnisse weit unter den eigenen hohen Erwartungen verschärften die innerparteilichen Konflikte; zu keinem Zeitpunkt gelang der Parteiführung ein Ausgleich zwischen einem eher gemäßigeren Flügel, der zugunsten einer vermeintlich höheren gesellschaftlichen Akzeptanz radikale Inhalte zurückstellen will, und den Parteihardlinern, deren ideologisches Fundament auf der Weltanschauung des historischen Nationalsozialismus basiert. Seit 2004 verdeckten wenige Erfolgsergebnisse diese Bruchstelle. Allerdings spitzte sich die Situation bald durch existenzgefährdende Finanzprobleme, einen spürbaren Rückgang der Mitgliederzahlen, Skandale in der Führungsmannschaft sowie Fehlschläge in der Bündnispolitik mit anderen rechtsextremistischen Organisationen zu.⁴

Dennoch war die NPD 2012/2013 der Platzhirsch am rechten Rand. Die von dem bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch Ende Mai 2012 mehr oder weniger in der Nachfolge der aufgelösten DVU gegründete Partei „Die Rechte“ spielte ebenso wie „Der Dritte Weg“ bundespolitisch keine Rolle. Im „Dritten Weg“ sammelten sich unter der Führung des früheren rheinland-pfälzischen NPD-Landesvorstandsmitgliedes, Klaus Armstroff, zahlreiche von der NPD enttäuschte frühere Parteigänger; diese Partei wurde bewusst in Opposition zum als zu angepasst empfundenen politischen Kurs der NPD ins Leben gerufen. Hinzu kommt die Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) im Februar 2013. Damals war jedoch noch nicht abzusehen, dass die zunächst vor allem auf Kritik an der EU, dem Euro und der Europapolitik der Bundesregierung ausgerichtete Partei zu einem wichtigen Faktor für den Niedergang der NPD werden sollte. Die Konkurrenzsituation verschärfte sich im Juli 2015, als die national-konservative Strömung der AfD einen Machtkampf gegen den eher wirtschaftsliberalen Flügel um den Gründer Bernd Lucke zu ihren Gunsten entschied. Auf den folgenden Rechtsruck der Partei unter den Vorsitzenden⁵ Frauke Petry und Jörg Meuthen, der mit einer stärkeren Hinwendung zu asyl- und islamfeindlichen Inhalten einherging, fand die NPD keine passende Strategie – bis heute.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung saßen für die NPD 14 Abgeordnete in zwei Landesparlamenten, darunter der Parteivorsitzende Holger Apfel, der „Chefideologe“ Jürgen Gansel (beide in Sachsen) oder der Hardliner und Bundesvize Udo Pastörs (Mecklenburg-Vorpommern), der mit seiner scharfen Rhetorik die radikalen Fußtruppen zu bedienen

⁴ Vgl. Brandstetter, Marc: *Die Selbstzerfleischung der NPD*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54 (2009) 2, S. 15-18.

⁵ In der AfD werden sie als „Bundessprecher“ bezeichnet.

weiß. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hat die rechtsextremistische Partei jedoch nicht nur deswegen ihre Hochburgen. Durch eine beständige Graswurzelarbeit und Aktivitäten im vorpolitischen Raum hat sich die NPD kommunalpolitisch in manchen Regionen Ostdeutschlands eine gewisse Resonanz geschaffen.

Derzeit besetzt die NPD 338 kommunale Mandate.⁶ Im Februar 2016 waren es noch mindestens zwanzig Sitze mehr.⁷ Die Partei verlor allerdings aufgrund schwacher Wahlergebnisse ihre Mandate in den Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin sowie viele Sitze nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen. Immer wieder müssen die Rechtsextremisten außerdem die Austritte von Funktionären verkraften, die für sie in unterschiedlichen Kommunalparlamenten sitzen. In der Regel werden in diesen Fällen die Parteibücher zurückgegeben, nicht aber die Zugehörigkeit zur Volksvertretung. Die Ex-NPD-Aktivisten bleiben den Parlamenten als parteilose Abgeordnete erhalten.⁸ Wer allerdings den Blick fast dreißig Jahre zurückschweifen lässt, erkennt bald, dass sich die NPD auf dem kommunalpolitischen Parkett einigermaßen stabilisiert hat. Auf dem Höhepunkt der NPD-Erfolgswelle Ende der 1960er Jahre verfochten in der damaligen Bundesrepublik 426 „Nationaldemokraten“ die Parteiinteressen in den Kommunalparlamenten. 1972 kamen sie noch auf 124 Gemeinde-, Stadt- oder Kreisräte. Das Jahr 1980 markierte mit nur noch zehn kommunalen Mandatsträgern den kommunalpolitischen Tiefpunkt der Partei. Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre pendelte der Wert um 40 Mandatsträger.⁹ Aus dieser Talsohle befreite sich die NPD nur langsam.

Gescheiterter Verbotsantrag

Am 17. Januar 2017 wies das Bundesverfassungsgericht den Antrag des Bundesrates auf ein Verbot der NPD zurück. Die Entscheidung erging einstimmig. Nach Meinung der Karlsruher Richter vertrete die NPD ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie sei damit verfassungsfeindlich.¹⁰ Die von vielen NPD-Funktionären gebetsmühlenartig vorgetragenen Relativierungen und die Beteuerungen, die Partei stehe auf dem Boden des Grundgesetzes, waren nie für bare Münze zu nehmen. Nun gibt es hierfür eine höchstrichterliche Feststellung. Die Urteilsbegründung hat es in sich. „Sie [die NPD, der Verfasser] will die bestehende

⁶ Vgl. *Zeit online*: „Vier Fünftel aller NPD-Mandate in Ostdeutschland“, unter: <http://www.zeit.de/news/2017-01/17/urteile-vier-fuenftel-aller-npd-mandate-in-ostdeutschland-17121203> [eingesehen am 17.01.2017].

⁷ Vgl. Elmer, Christian / Hebel, Christina: NPD-Verbotsverfahren. Hier sitzen die Rechtsextremen, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-wo-rechtsextreme-in-gemeinderaeten-sitzen-a-1078859.html> [eingesehen am 02.01.2016].

⁸ Siehe etwa das Beispiel Bautzen. Vgl. Kapitel „Weitere NPD-Landesvorsitzende unter Druck“.

⁹ Vgl. Beier, Katharina u.a.: *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*. – Greifswald: Steinbecker, 2006. – S. 24.

¹⁰ Vgl. Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 17.01.2017 – 2 BvB 1/13, unter http://www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113.html [eingesehen am 21.01.2017].

Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin“, so das Bundesverfassungsgericht. Außerdem sei der NPD „eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ zu bescheinigen. Ferner habe die Partei eine „antisemitische Grundhaltung“ und mache die demokratische Grundordnung verächtlich. Sie weise damit Parallelen zum Nationalsozialismus auf.

Allein der verfassungsfeindliche Charakter der NPD reicht nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts nicht für ein Verbot der Partei aus. „Ein Erreichen der verfassungswidrigen Ziele der NPD mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln erscheint ausgeschlossen“, stellt Karlsruhe fest. „Im parlamentarischen Bereich verfügt die NPD weder über die Aussicht, bei Wahlen eigene Mehrheiten zu gewinnen, noch über die Option, sich durch die Beteiligung an Koalitionen eigene Gestaltungsspielräume zu verschaffen.“ Auch durch die Beteiligung am Prozess der politischen Willensbildung mit demokratischen Mitteln außerhalb des parlamentarischen Handelns habe „die NPD in absehbarer Zeit keine Möglichkeit, ihre verfassungsfeindlichen Ziele erfolgreich zu verfolgen“. Vielmehr, so das Gericht weiter, „stehen einer nachhaltigen Beeinflussung der außerparlamentarischen politischen Willensbildung durch die NPD deren niedriger und tendenziell rückläufiger Organisationsgrad sowie ihre eingeschränkte Kampagnenfähigkeit und geringe Wirkkraft in die Gesellschaft entgegen“.¹¹

In den zurückliegenden sechs Jahren bestimmten zunächst die Diskussion und anschließend die Berichterstattung über ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD die öffentlichen Schlagzeilen. Bekanntlich war dieser Prozess nicht der erste Versuch des Staates, gegen diese Partei vor dem höchsten Gericht vorzugehen. Ein erster Anlauf war 2003 an der Durchsetzung der Partei mit V-Leuten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aussagen in die damals drei Anträge von Bundesrat, Bundesregierung und Bundestag eingeflossen waren, gescheitert. Damals sah eine Sperrminorität der Richter hierin ein unüberwindbares Verfahrenshindernis, was zur Einstellung führte.¹²

Am 2. März 2013, dem zweiten Verhandlungstag im neuen Verfahren, machte der Zweite Senat unter Präsident Professor Andreas Voßkuhle bald klar, der aktuelle Antrag sei in dieser Hinsicht frei von Fallstricken. Die sieben Richter gingen davon aus, dass die vorge-

¹¹ Vgl. *ebd.*

¹² Vgl. *Flemming, Lars: Das NPD-Verbotungsverfahren: Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“*. – Baden-Baden: Nomos, 2004.

legten Beweise gegen die NPD ohne Einfluss von staatlichen V-Leuten gewonnen worden seien.¹³ Diese wichtige Klippe hatten die Antragssteller bei der Zweitaufgabe damit frühzeitig umschiffen. Dafür wagten sie sich mit ihrer These über das von der NPD in bestimmten Gegenden Deutschlands geschaffene „Klima der Angst“ auf dünnes Eis. Viel Überzeugungsarbeit war nötig, um Karlsruhe diese Sichtweise zu erklären.

Die NPD selbst kam bei der Frage, wen die Partei als „Deutsche“ ansehe, in Erklärungsnot. Zu dieser Erkenntnis ist auch die Parteispitze gelangt. In der Befragung durch die Richter zu ihrer Volksgemeinschaftsideologie waren Frank Franz, Udo Voigt und Jürgen Gansel ins Schwimmen geraten. Als Possenspiel erwies sich schließlich das Vorgehen des NPD-Prozessbevollmächtigten, Peter Richter, der die „große Bühne“ sichtlich genoss. Er begann zunächst zu argumentieren, er habe ob einer möglichen Überwachung durch die Geheimdienste keine Prozessstrategie anfertigen können, um anschließend mit einer mehrere hundert Seiten starken Verteidigungsschrift zu „überraschen“.

Richter, der von dem früheren NPD-Landtagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, Michael Andrejewski, unterstützt wurde, äußerte sich auf Facebook Ende 2016 zuversichtlich mit Blick auf den Ausgang des Verfahrens. Im Rahmen der dreitägigen Verhandlung im März 2016 sei herausgearbeitet worden, dass „von der NPD keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ ausgehe. „Daher kann am Ende dieses Verfahrens nur ein Freispruch für die NPD stehen.“ Sein Chef Franz spielte derweil auf den aus seiner Sicht politischen Charakter des Verbotsverfahrens an: „Endlich wird vom höchsten deutschen Gericht öffentlich festgestellt, dass die NPD nicht verfassungswidrig ist“, schrieb er in einer kurzen Meldung nach der Bekanntgabe des Urteilstermin für den 17. Januar 2017. Und weiter: „Damit endet das perfide Spiel unserer politischen Gegner, uns mit der Verbotskeule aus dem politischen Wettbewerb drängen zu wollen. Nach dem 17. Januar 2017 wird die NPD die einzige deutsche Partei sein, deren Verfassungskonformität vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wurde.“¹⁴

Zu diesem Zeitpunkt war die Klage der NPD vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen eine vermeintliche Diskriminierung in Deutschland bereits überholt. Die Straßburger Richter wiesen die Beschwerde der Rechtsextremisten als offensichtlich unbegründet zurück. Damit war der Versuch der NPD, ihre Verfassungstreue positiv feststellen zu lassen, gescheitert. Nach ihrer Argumentation sei die Partei in Deutschland vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt, die einem faktischen Verbot

¹³ Vgl. *Zeit online*: „Verfassungsrichter legen die Verbotshürde hoch“, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/npd-verbot-v-leute-partieverbot-kriterien> [eingesehen am 02.01.2017].

¹⁴ NPD: „Verbotsverfahren: Am Ende kann nur der Freispruch für die NPD stehen!“, unter: <https://npd.de/verbotsverfahren-am-ende-kann-nur-der-freispruch-fuer-die-npd-stehen/> [eingesehen am 20.01.2017].

gleichkämen. Nach Meinung des EGMR stünden der NPD in Deutschland genügend Rechtsmittel zur Verfügung, um juristisch gegen angebliche Beeinträchtigungen vorzugehen.¹⁵

Auswirkungen auf die NPD

Der im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurückgewiesene Verbotsantrag erweist sich für die NPD als Pyrrhussieg. Der von den Funktionären herbeigeredete Wiederaufstieg wird nicht kommen; die „fünf Prozent plus x“ bei der saarländischen Landtagswahl im März 2017, die die Partei ihren Anhängern auf Facebook in einer ersten Stellungnahme in Aussicht stellte, entbehren jeder Grundlage. Vielmehr folgt die NPD-Spitze dem sattsam bekannten Prinzip der vollkommen übertriebenen Verlautbarungen. Die zerrüttete Partei nutzte die Gunst der Stunde, um einen Appell für mehr Geschlossenheit und für die Zurückstellung „persönlicher Befindlichkeiten und Streitereien“ an die eigenen Reihen zu senden. Der „politische Kampf für ein besseres Deutschland“ habe gerade erst begonnen, zitiert die NPD ihren Prozessbevollmächtigten Peter Richter.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil die NPD mit einem schweren Stigma belegt. Ihre Verfassungsfeindlichkeit, sogar die Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, ist unumstößlich festgestellt worden. Sollte die Partei entgegen den Erwartungen doch noch in beachtlichem Maße erstarken, ist ein weiteres Verfahren, an dessen Ende tatsächlich das Verbot der NPD stehen könnte, nicht ausgeschlossen. Gleichzeitig spielte Karlsruhe den Ball an die Politik zurück. Explizit nahmen die Richter Bezug auf die Möglichkeit, die NPD von der staatlichen Parteienteilfinanzierung auszuschließen. Zuständig hierfür sei der Gesetzgeber. Unmittelbar nach der Verkündung des Urteils sprachen sich führende Politiker, wie Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD), der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) oder sein Amtskollege im Bund, Thomas de Maizière (CDU), für eine Prüfung dieses Vorschlages aus.¹⁶

Der Versuch der NPD-Parteispitze, das Karlsruher Urteil propagandistisch in einen Erfolg umzumünzen, zeigt nur, dass sie sich der prekären Lage wohl bewusst ist. Durch die Umstrukturierung des rechten und extrem rechten Milieus ist der Einfluss der NPD gesunken. Sie ist nicht mehr das „Gravitationszentrum“ des Rechtsextremismus. Auf der Straße setzen ihr neue Neonazi-Parteien wie „Der Dritte Weg“ oder „Die Rechte“ bzw. neue Or-

¹⁵ Vgl. *Legal Tribune Online*: „EGMR zur Verfassungskonformität von Parteien. Verfassungstreue der NPD nicht positiv feststellbar“, unter: <http://www.lto.de/recht/nachrichten/n/egmr-achr-348-mpd-rechtsschutz-parteien-deutschland-feststellung-verfassungstreue-beschwerde-unzulaessig/> [eingesehen am 03.01.2017].

¹⁶ Vgl. *Tagesschau.de*: „Streit über Parteienfinanzierung. Grundgesetzänderung wegen der NPD?“, unter: <https://www.tagesschau.de/inland/mpd-parteienfinanzierung-101.html> [eingesehen am 18.01.2017].

ganisationsformen wie PEGIDA und die „Identitäre Bewegung“ (IB) zu. In den Landtagswahlen hat ihr die AfD längst den Rang abgelaufen. Dabei hatte die NPD gerade in die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ einige Hoffnung gesetzt. Schien es doch zeitweise so, als etablierte sich auf der Straße die von der NPD erhoffte rechte Protestbewegung. Einfluss gewann die Partei indes nur auf kleinere Ableger wie in Mecklenburg-Vorpommern (MVGIDA), wo sie die Aktivitäten maßgeblich vorantrieb. Bei PEGIDA in Dresden blieb sie Zaungast.

Es ist davon auszugehen, dass die während des Verfahrens selbst auferlegte Zurückhaltung in den Aktionen und Verlautbarungen der NPD zurückgenommen werden wird. Einige Beobachter, etwa der Kölner Politikwissenschaftler und Kandidat der Linken für das Amt des Bundespräsidenten Christoph Butterwegge, befürchten eine Radikalisierung der NPD. Zuletzt habe die Partei „Kreide gefressen“ und versucht, „harmlos zu wirken“.¹⁷ Der Autor Toralf Staud prognostiziert ebenfalls diese Entwicklung der NPD. Sie werde zukünftig verstärkt die Menschen ideologisch bedienen, denen die AfD zu lasch sei. Auch die militanten Freien Kameradschaften könnten – so meint er – nach einer Zeit der Distanz wieder der NPD annähern.¹⁸ Freilich, diese Möglichkeit besteht, doch deutet wenig auf eine Radikalisierung hin, die vergleichbar mit der Entwicklung Mitte der 1990er Jahre ist. Der eher gemäßigte Parteichef Franz dürfte eher gestärkt aus dem Verfahren herausgehen. In einem Interview mit dem Fernsehsender „Phoenix“ kündigte er an, seine bisherige Marschrichtung beizubehalten. Zugleich haben „radikalere“ Kader oder Kritiker des „angepassten“ Kurses in den letzten Jahren der NPD den Rücken gekehrt oder es sich in neuen Aufgaben bequem gemacht. Der als Schnittstelle zur Kameradschaftsszene bedeutsame Thomas Wulff hat die Partei ganz verlassen, der frühere Parteichef Voigt genießt die Rolle als Abgeordneter des Europaparlamentes, sein Mitarbeiter Karl Richter hat sich aus der Parteiarbeit scheinbar zurückgezogen und der ehemalige Vorsitzende Holger Apfel weilt auf Mallorca. Radikale Fußtruppen sammeln sich unter den Dächern des „Dritten Weges“ und „Der Rechten“. Keinesfalls ist sicher, dass diese Neonazis jetzt zur NPD und ihrem direkten Umfeld zurückkehren werden, nur weil die Partei wieder schärfere Töne anschlägt.

¹⁷ Vgl. Berliner Morgenpost: „Der Kampf gegen rechts geht weiter“, unter: <https://www.morgenpost.de/politik/article209312403/Der-Kampf-gegen-rechts-geht-weiter.html> [eingesehen am 18.01.2017].

¹⁸ Vgl. Staud, Toralf: Die NPD wird sich radikalieren, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/npd-verbotsverfahren-afd-bundesverfassungsgericht-rechtsextremismus-rechtspopulismus> [eingesehen am 18.01.2017].

Intern angeschlagen: Anhaltende Führungskrise

Holger Apfel am Ende

Holger Apfel stand vom 13. November 2011 bis zum 19. Dezember 2013 an der Spitze der NPD. In diesen 25 Monaten hatte der langjährige Spitzenkader die vermeintliche Endradikalisierung der Partei vorangetrieben – ein Projekt, das der sächsische Fraktionsvorsitzende gemeinsam mit einigen Mitstreitern seit Jahren mit Nachdruck verfolgte. Apfel nannte seine Strategie „seriöse Radikalität“. Sein Ziel: Die rechtsextremistische Partei müsse für breite Wählerschichten attraktiver werden. Die Botschaft sollte heißen: „Aus dem Volk, für das Volk“. Dazu sei es nötig, führte Apfel in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ aus, das bisherige Image einer „Politiksekte und Bürgerschrecktruppe“ abzulegen. Den Kern der NPD-Ideologie, etwa das Abstammungsprinzip, stelle das Konzept keineswegs in Frage. Eine Aufweichung der programmatischen Grundsätze stünde für eine „Weltanschauungspartei“ nicht zur Debatte.¹⁹

In seiner Bewerbungsrede für das Amt des NPD-Bundesvorsitzenden auf dem 33. Parteitag in Neuruppin 2011 sagte Apfel, sein Ziel sei, die NPD „noch stärker als politischer Faktor in der Mitte unseres Volkes zu etablieren“. Mit dieser Vorstellung überzeugte der damals Vierzigjährige die Delegierten. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit setzte er sich mit 214 zu 126 Stimmen gegen seinen Vorgänger und langjährigen Weggefährten Udo Voigt durch, der durch eine umfassende organisatorische, programmatische und strategische Neuausrichtung der NPD nach mehreren Jahrzehnten in der politischen Bedeutungslosigkeit vorübergehend neues Leben eingehaucht hatte. Nach 15 Jahren an der NPD-Spitze – 1996 bezwang er den damals inhaftierten Vorsitzenden Günter Deckert in einer Kampfabstimmung – wirkte Voigt in den letzten Jahren mehr und mehr „verbraucht“. Im Gegensatz zu seiner Anfangszeit ließ er jegliche politische Vision vermissen.²⁰

Apfels „seriöse Radikalität“ fruchtete ungeachtet dessen an der Wahlurne nicht. Bei den folgenden Landtagswahlen musste seine Partei jeweils einen Stimmenrückgang von rund einem Drittel der bisherigen Anhängerschaft verschmerzen. Mit 1,2 Prozent gelang der NPD nur im Saarland der Sprung über die Ein-Prozent-Marke, um Gelder aus der staatlichen Parteienteilfinanzierung zu erhalten. In Schleswig-Holstein (2012; 0,7 Prozent), Nordrhein-Westfalen (2012; 0,5 Prozent) und Niedersachsen (2013; 0,8 Prozent) verfehlten die Wahlkämpfer diese wichtige Grenze teilweise deutlich. Die geringe Kampagnenfähigkeit der NPD offenbarte derweil auch die Unterschriftensammelaktion zur bayerischen

¹⁹ Vgl. Apfel, Holger: „Seriöse Radikalität“. In: *Deutsche Stimme*, Nr. 11/2011, S. 12.

²⁰ Vgl. Brandstetter, Marc: *Die NPD unter Udo Voigt. Organisation, Ideologie, Strategie*. – Baden-Baden: Nomos, 2013.

Landtagswahl 2013. Den Verbänden gelang es nicht, die notwendigen 9.500 Unterstützerunterschriften zu mobilisieren. In Oberbayern und Unterfranken – und damit in 40 von 90 Stimmbezirken – standen keine NPD-Kandidaten auf den Stimmzetteln. Das Resultat: 0,6 Prozent. Ein geringfügig anderes Bild zeichnete hingegen der Urnengang in Hessen, der eine Woche nach der Landtagswahl in Bayern stattfand. Zum ersten Mal seit 1974 übersprang dort die NPD die Ein-Prozent-Marke. Sie legte um 0,2 Prozentpunkte auf 1,1 Prozent zu, was Apfel zunächst etwas Luft verschaffte.

Am 22. September 2013 waren nicht nur die Einwohner Hessens aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen, sondern alle Deutschen wurden in die Wahllokale gebeten. Die Bundestagswahl bestätigte den jüngsten NPD-Trend. Die Partei kam über 1,3 Prozent nicht hinaus, bundesweit verlor sie gut 75.000 Wähler (minus 0,2 Prozentpunkte). Für Sorgenfalten in der Parteizentrale in der Seelenbinderstraße in Berlin dürfte seinerzeit vor allem das Abschneiden in den beiden mit eigenen NPD-Landtagsfraktionen gekrönten Hochburgen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, gesorgt haben. Dort ging der Zuspruch überdurchschnittlich stark zurück (0,7 bzw. 0,5 Prozentpunkte), was die Aussichten auf die bereits 2014 in Sachsen anstehende Landtagswahl eintrübte. Im Bundestagswahlkampf hatte die NPD ihr Konzept der „seriösen Radikalität“ klammheimlich zu den Akten gelegt und wieder radikalere Töne angeschlagen. Ihr Plakat „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ führte zu mehreren Strafanzeigen.²¹ Die Parteispitze suchte so die Abgrenzung zur Alternative für Deutschland, die ihrerseits mit ihrer Anti-EU- und Anti-Euro-Polemik im selben Wählerreservoir wie die NPD auf Stimmenfang ging.

Parteiinterne Kritik an Apfel und seinen Unterstützern im „gemäßigeren“ Parteiflügel rief außerdem der weitere Rückgang der Mitgliederzahlen hervor. 2011 zählte die NPD noch 6.300 Parteigänger, zwei Jahre später waren es 5.500.²² 2007, auf dem Höhepunkt der „Erfolgswelle“ unter Voigt, nannten noch 7.200 Menschen einen NPD-Ausweis ihr Eigen.

Am 24. Dezember 2013 trat Apfel aus der NPD aus und kam damit einem drohenden Ausschluss zuvor. Wenige Tage zuvor hatte er seine Ämter als Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der Partei im sächsischen Landtag zur Verfügung gestellt. Aus der Partei hieß es zunächst, der dreifache Familienvater leide an einer schweren Erkrankung. Der Ex-NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel sprach gegenüber der *Süddeutschen*

²¹ Vgl. z. B. Müssigmann, Lena: Kreis-SPD geht gegen NPD-Wahlplakate vor, unter: <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.kreis-freudenstadt-kreis-spd-geht-gegen-npd-wahlplakat-vor.07fc8b5f-e463-4205-b0ef-a8a838413ddd.html> [eingesehen am 03.01.2016].

²² Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2014. – Berlin: BMI, 2015. – S. 34.

Zeitung von einem Burnout.²³ Diese Version ließ sich indes nur wenige Tage aufrechterhalten. Bald machten Gerüchte die Runde, Apfel habe junge „Parteikameraden“ sexuell belästigt. Der Angeschuldigte bestritt in einer Erklärung die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er gab an, sich nicht an den Vorfall erinnern zu können, da er an dem betreffenden Abend nach einer Wahlkampfveranstaltung zu viel Alkohol getrunken habe. Er sprach außerdem von „Hasskampagnen“ gegen seine Person und beklagte, bei Facebook habe ihn ein Funktionärsträger zum Selbstmord aufgefordert.²⁴ Das Ende der 24-jährigen Partei-Karriere von Apfel, die neben dem Vorsitz der Bundespartei und der sächsischen Fraktion auch den Chefposten der Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) sowie die Chefredaktion der *Deutschen Stimme* umfassten, war damit eingeläutet; die „Verdienste“ waren vergessen.

Als NPD-Chef ist Apfel gescheitert. Seine nur auf den ersten Blick weniger radikale politische Ausrichtung legte er schon im letzten Bundestagswahlkampf 2013 wegen Erfolgslosigkeit zu den Akten. Bei den zurückliegenden Urnengängen auf Landesebene hatte die NPD schmerzliche Verluste hinnehmen müssen. Neben der Aufdeckung der rechtsterroristischen Mordserie des NSU und der daraus resultierenden Verbotsdebatte war hierfür nicht zuletzt das desaströse Auftreten der NPD-Mannschaft ursächlich. Die eigenen Reihen bekam Apfel zu keiner Zeit in den Griff; er konnte sie nicht befrieden. Der radikalere Flügel freundete sich mit der vermeintlich weichgespülten Linie des neuen Vorsitzenden nicht an: Seine Anhänger verließen in Scharen die Partei und schossen von außerhalb scharf auf die Parteiführung.

Kein Parteivorsitzender vor Apfel hatte eine kürzere Amtszeit. Friedrich Thielen, 1964 als vorgeblich konservatives Aushängeschild der Rechtsextremisten mit ihrer Führung betraut, stand gut drei Jahre auf der Brücke der NPD. Günter Deckert, selbst durch zahlreiche Strafprozesse und Haftstrafen schwer angeschlagenen, hielt das Steuer des rampolierenden ehemaligen Flaggsschiffs der extremen Rechten fünf Jahre in der Hand. Unter seiner Ägide verzichtete die NPD sogar auf den Antritt zur Bundestagswahl 1994. Als der Gymnasiallehrer 1996 von Udo Voigt abgelöst wurde, zählte die NPD kaum mehr 3.000 Mitglieder.

²³ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*: „NPD-Chef Apfel tritt zurück“, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextreme-partei-mpd-chef-apfel-tritt-zurueck-1.1847130> [eingesehen am 13.12.2016].

²⁴ Vgl. Hebel, Christina: *NPD-Schlammschlacht. Parteifreund legt Holger Apfel Selbstmord nahe*, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mpd-mitglied-legte-ex-partiechef-holger-apfel-selbstmord-nahe-a-940839.html> [eingesehen am 13.12.2016].

„Hoffnungsträger“ Pastörs scheitert

Unter turbulenten Umständen trat Udo Pastörs, der manchen in der NPD ohnehin als der „starke Mann“ galt, die Nachfolge Holger Apfels an. Der vorbestrafte NPD-Fraktionsvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern kündigte eine Aufarbeitung des „Apfel-Skandals“ „mit harter Hand“ an. Bereits auf dem nächsten Parteitag im thüringischen Kirchheim, auf dem die NPD unter dem Motto „Festung Europa schaffen – Asylflut stoppen“ nur ihre Wahlliste zur anstehenden Europawahl aufstellen wollte, holte ihn die Realität ein. Um die Spitzenkandidatur war im Vorfeld ein Hauen und Stechen ausgebrochen. Mit dem frischgebackenen Vorsitzenden Udo Pastörs, seinem Vor-Vorgänger Udo Voigt und dem bayerischen Landesvorsitzenden und ehemaligen Chefredakteur des NPD-Sprachrohres *Deutsche Stimme*, Karl Richter, bewarben sich gleich drei Schwergewichte um Platz eins. Richter hatte seinen Kontrahenten in einer internen Rund-Mail vorgeworfen, er würde „gemobbt“.

Bevor die Delegierten zu den Wahlen schreiten durften, hatten sie Gesprächsbedarf. Die Affäre um ihren früheren Chef beschäftigte die Basis, obwohl Pastörs in einem Videobeitrag die Affäre für „beendet“ erklärt hatte. Damit ließen sich viele der anwesenden Parteigänger nicht abspeisen. Beweise für die gegen Apfel erhobenen Anschuldigungen lagen damals und liegen heute nicht auf dem Tisch; hinter vorgehaltener Hand raunten einige seiner Weggefährten von einer „Intrige“. Beobachter waren zu der Abrechnung nicht zugelassen, die Medien waren – wie so oft bei der NPD – des Saales verwiesen worden.

In einer Kampfabstimmung um den Spitzenplatz für die Europawahl setzte sich der Berliner Landesvize Voigt mit 93 zu 71 Stimmen gegen Pastörs, den Favoriten des Parteivorstandes, durch.²⁵ Beide gelten seit dem Sturz Voigts als Bundespartei-Vorsitzender im November 2011 als Intimfeinde. Pastörs hatte damals bei dem Putsch auf Seiten Apfels eine führende Rolle eingenommen, was ihm von der Parteibasis offensichtlich bis heute nicht verziehen wurde. Obwohl die beiden Kader eine ähnliche radikale Ausrichtung verfolgen, ist das Tischtuch zerschnitten. Nach der Niederlage verzichtete Pastörs auf eine weitere Kandidatur.²⁶ Pastörs startete angezählt in seine Amtszeit als NPD-Chef.

Richter, der für die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) im Stadtrat von München sitzt, musste ebenfalls eine Niederlage einstecken. Er zog bei der Entscheidung

²⁵ Vgl. Hebel, Christina: *NPD-Parteitag in Thüringen: Voigt setzt sich als Europa-Spitzenkandidat durch*, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-parteitag-voigt-setzt-sich-als-europa-spitzenkandidat-durch-a-944305.html> [eingesehen am 14.12.2016].

²⁶ Vgl. Zeit Online: *„Parteitag in Kirchheim. Voigt ist Spitzenkandidat der NPD für die Europawahl“*, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-01/npd-voigt-europawahl-pastors> [eingesehen am 14.12.2016].

um Platz zwei gegen den blassen sächsischen NPD-Funktionär Olaf Rose den Kürzeren. Für Richter stimmten nur 23 Delegierte, 133 entschieden sich für Rose und setzten ein deutliches Zeichen. Rose war bei der letzten Wahl zum Bundespräsidenten für die NPD angetreten, konnte aber nur die drei NPD-Stimmen in der Bundesversammlung auf sich vereinen.

Die Niederlage um die Spitzenkandidatur zur Europawahl setzt Pastörs augenscheinlich schwer zu. Vorgaben für die Bundespartei kamen keine aus Schwerin, eine Vision für die Zukunft der NPD entwickelte er nie. Geradezu verbittert zog sich der selbsternannte Hoffnungsträger in seine Hausmacht Mecklenburg-Vorpommern zurück. Enttäuscht von der Partei, von den Fußtruppen, die ihm als Krönung seiner bis dato „makellosen“ NPD-Laufbahn keinen Sitz im Straßburger Parlament gönnen wollten, ließ er den Dingen seinen Lauf. Offenbar hatte Pastörs seinen Einfluss in der NPD überschätzt. Im Bierzelt oder bei Veranstaltungen jubelte die Basis seinen radikalen Botschaften zu, mit denen er die Seele der NPD streichelte. Trotzdem blieb für viele Anhänger und Unterstützer Udo Voigt der „Parteichef der Herzen“. Die Mühe, eine Strategie zu entwerfen, die die vorherigen Amtszeiten seiner Vorgänger Apfel und Voigt auszeichneten, machte sich Pastörs nicht mehr. Vielleicht war es gar sein größter Verdienst, dass die NPD in seiner kurzen Amtszeit weitgehend ohne große Skandale auskam. So laut, wie er einst angetreten war, so leise trat er ab.

Nach der verlorenen Landtagswahl in Sachsen 2014 saß der Schock in der NPD tief.²⁷ Der Verlust ihrer sächsischen Landtagsfraktion raubte der Partei ihre bisherige organisatorische Basis. Mitten in den „Apfel-Skandal“ platzte die nächste Bombe: Die Parteiführung musste fünf der sieben Angestellten der Berliner Parteizentrale vor die Tür setzen. Grund hierfür waren ausbleibende Zahlungen aus der staatlichen Parteienteilfinanzierung; die NPD bestreitet rund 40 Prozent ihres Haushaltes mit Steuergeld. Das Bundesverfassungsgericht hatte zuvor entschieden, dass die zuständige Bundestagsverwaltung die fälligen Abschlagszahlungen mit den Schulden der NPD verrechnen dürfe. Diese stammten aus Strafzahlungen, die der NPD nach der Abgabe eines falschen Rechenschaftsberichts auferlegt worden waren.²⁸ Nach der Kündigung mehrerer Mitarbeiter lief der Betrieb in der Seelenbinderstraße auf Sparflamme. Das von Voigt in seiner Funktion als Abgeordneter des Europäischen Parlaments in der Parteizentrale neu eingerichtete Bürgerbüro konnte den damaligen Verlust nicht auffangen.

²⁷ Vgl. hierzu Kapitel „Die Hochburg Sachsen fällt“.

²⁸ Vgl. Spiegel Online: „Finanzkrise. NPD entlässt Mitarbeiter“, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/finanzkrise-mpd-muss-mitarbeiter-entlassen-a-940621.html> [eingesehen am 15.12.2016].

Flüchtende Nachwuchskader, Rocker und selbsterklärte Neonazis: Die Partei zerfällt

Die jungen „Kameraden“ gehen von Bord

Zwischen 2004 und 2014 hatte die NPD in Dresden eine Kadenschmiede aufgebaut. Neben den finanziellen Zuwendungen für die Fraktion und dem ungefilterten Zugang zu Informationen zählte die Versorgung „hoffnungsvoller“ Nachwuchskräfte und „verdienter Kameraden“ zu den für die Partei wichtigsten Bausteinen ihrer zehnjährigen Landtagszugehörigkeit. Nahezu die gesamte damalige Spitze der NPD-Junioren Junge Nationaldemokraten (JN) stand irgendwann auf dem Fraktionslohnzettel. Die jüngeren Aktivisten waren auch die ersten, die versuchten, das sinkende Schiff zu verlassen. Der Name des bisherigen JN-Chefs Andy Knappe, der ähnlich wie sein Vorgänger Michael Schäfer für einen reformistischen Kurs des Parteienwachstums stand, war bereits gut drei Wochen nach dem Ausscheiden aus dem Parlament kommentarlos von der „Weltnetz“-Seite²⁹ des NPD-Bundesverbandes verschwunden. Als dem Parteivorstand zugehörig listete die NPD nur die beiden Vorsitzenden der Suborganisationen Ring Nationaler Frauen (RNF), Ricarda Riefling, und der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD (KPV), Hartmut Krien, auf. Knappe wurde nicht mehr erwähnt.³⁰ Ähnlich sah es in den Sozialen Netzwerken – eigentlich das bevorzugte Propagandainstrument der NPD – aus. Dort verfügte Knappe ebenfalls nicht mehr über ein eigenes Profil.

Damit war er in bester Gesellschaft. Die frühere Nachwuchshoffnung der niedersächsischen NPD und JN-Pressesprecher, Patrick Kallweit, ging ebenfalls offline. Nach einem desaströsen Ergebnis bei den Kommunalwahlen in seiner Heimatgemeinde Goslar – Kallweit erreichte nur 0,5 Prozent der Stimmen und verlor sein Mandat im Stadtrat – verließ der damals 29-Jährige Niedersachsen. Bald darauf wurde seine Politiker-Webseite abgeschaltet. Mittlerweile betreibt der frühere JN-Spitzenkader eine PR-Agentur in Dresden ohne Hinweise auf seine politische Vergangenheit. Sein Lebenslauf spricht lediglich von „Redaktionsleitung und Pressesprecher im Non-Profit-Bereich“ sowie von Ghostwritertätigkeiten „für die Themen Jugend und Kultur“.³¹ Ob Kallweit sich von seiner rechtsextremistischen Ideologie losgesagt hat, ist nicht bekannt. Nach eigenen Angaben verließ auch der langjährige JN-Vorsitzende Michael Schäfer die NPD. In einer von ihm im Mai 2015 gestellten Strafanzeige heißt es, er sei „heute weder Mitglied des Stadtrates Wernigerode

²⁹ „Weltnetz“ ist ein NPD-Begriff für das Internet.

³⁰ Vgl. *Endstation Rechts: „Zerfallerscheinungen beim NPD-Nachwuchs“*, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/zerfallerscheinungen-beim-mpd-nachwuchs.html> [eingesehen am 15.12.2016].

³¹ Vgl. *Kallweit – Agentur für Marketing, Werbung und PR in Dresden*, unter: <http://kallweit-marketing.de/agentur/> [eingesehen am 15.12.2016].

noch Mitglied einer politischen Partei oder Organisation".³² Auch sein Vize, Julian Monaco, tritt mittlerweile nicht mehr für die NPD in Erscheinung.

An der Spitze der NPD-Junioren steht seit Dezember 2014 Sebastian Richter, der die JN zu einer „Kaderorganisation einer nationalistischen Partei“ formen möchte. Zuvor gehörte Richter dem Vorstand als Beisitzer an, bis zur Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern leitete er als Geschäftsführer die Geschicke der NPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Der Mittdreißiger zählt in der NPD zum völkischen Flügel. Als Konsequenz aus dem Führungswechsel verlegte die JN ihren Bundessitz an die Ostsee. Mittlerweile hat sie ein Büro in Lübbtheen eingerichtet. Unter der Adresse Ernst-Thälmann-Platz 1 unterhielten die Landtagsabgeordneten Udo Pastörs und Stefan Köster eines ihrer beiden Bürgerbüros. Die zweite Anlaufstelle hatten sie im „Thing Haus“, einer Szene-Immobilie mit überregionaler Bedeutung, eingerichtet.

Ex-Erotik-Darstellerinnen und Rocker: Attacken aus Bayern

Die „Affäre Apfel“ war in den zurückliegenden Monaten nicht die einzige Baustelle des hilflos wirkenden NPD-Vorstandes. Der bayerische NPD-Chef Karl Richter, der bei der Wahl um den zweiten Listenplatz zur Europawahl dem Sachsen Olaf Rose unterlegen war, warf Pastörs und seinen Verbündeten vor, ihn im Vorfeld gnadenlos ausgebremst zu haben. In einem Rundschreiben nannte er seine Kontrahenten „unkameradschaftliche, intrigante und defizitäre Charaktere“, „Schädlinge und Spalter“ oder „Charakterlumpen“. Diese reagierten prompt – und stellten seinen Stuhl als DS-Chefredakteur nach sechs Jahren vor die Tür.³³ Damit war das „Kapitel Richter“ keinesfalls geschlossen. Im Oktober 2014 verhafteten die Behörden Sascha Roßmüller, damals Stellvertreter von Richter in Bayern und außerdem Wunschkandidat des designierten NPD-Chefs Frank Franz für den Bundesvorstand. Roßmüller, einst Bundesvorsitzender der JN, wurde später wegen Beteiligung an einer Schlägerei rivalisierender Rockergruppen zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist mittlerweile rechtskräftig.³⁴ Seine Mitgliedschaft bei den „Bandidos“ hatte in den Reihen der NPD vielfach für Irritationen gesorgt. Richter, der seit dem Einzug Udo Voigts ins Europaparlament zu dessen Mitarbeiterstab gehört, verkündete auf Facebook seinen Rücktritt vom Amt des bayerischen Landesvorsitzenden. In seinem Post sprach er vom „Erreichen der Schmerzgrenze“ und zog gegen das „System Apfel“ zu Felde, dessen Per-

³² Vgl. „Strafanzeige & Strafantrag gegen Peter Gaffert, Rüdiger Dorff und Unbekannt“, unter: <https://web.archive.org/web/20150602213616/https://www.facebook.com/notes/335898199867959/> [eingesehen am 15.12.2016].

³³ Vgl. Endstation Rechts: „NPD-Machtkampf: Angriffslustigem Parteivize Richter werden die Flügel gestutzt“, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-machtkampf-angriffslustigem-partevize-richter-werden-die-fluegel-gestutzt.html> [eingesehen am 19.12.2016].

³⁴ Vgl. BR 24: „Rockerschlägerei in Straubing. Urteil gegen NPD-Mann Roßmüller rechtskräftig“, unter: <http://www.br.de/nachrichten/niederbayern/inhalt/sascha-rossmueller-npd-urteil-schlaegerei-straubing-100.html> [eingesehen am 19.12.2016].

sonal von Peter Marx bis Patrick Wieschke hauptsächlich Skandale produziert habe. Der traurige Höhepunkt sei der unrühmliche Abgang des ehemaligen Parteivorsitzenden selbst gewesen.

Eine Abrechnung mit dem Kurs der NPD startete ebenfalls Richters bayerische Weggefährtin Sigrid Schüssler. Die bisherige Vorsitzende der unscheinbaren NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen (RNF) wurde als deren Chefin durch das Bundesvorstandmitglied Ricarda Riefling ersetzt. Zuvor hatte Schüssler in einer Pressemitteilung, die nach ihrem Abgang bald gelöscht wurde, heftig ausgeteilt. Sie attestierte dem RNF und der NPD eine „unterentwickelte Kommunikationskultur sowie fehlendes Gespür für das politisch Wesentliche“. Umstritten war die diplomierte Schauspielerin nicht zuletzt wegen ihrer Rolle in der „Apfel-Affäre“. Damals hatte Schüssler öffentlich kundgetan, der RNF begrüße den Rücktritt des NPD-Chefs.

Anstoß hatte Schüssler nun am Umgang mit einer ehemaligen Erotik-Darstellerin genommen. Die junge Frau engagierte sich in den Winter- und Frühjahrsmonaten 2013/2014 für die NPD. Zahlreichen „Kameraden“ in und außerhalb der Partei war ihr früherer Job ein Dorn im Auge: Die Parteiführung beugte sich schließlich dem Druck der Szene und erklärte sie zur „unerwünschten Person“. Seine Kontakte zu der jungen Frau wurden unterdessen dem Generalsekretär Peter Marx zum Verhängnis, er erklärte seinen Rückzug aus dem Parteispitzenamt. Der saarländische NPD-Vorsitzende hatte in einer Saarbrücker Lokalität mit zweifelhaftem Ruf gemeinsam mit ihr den Geburtstag einer Sympathisantin gefeiert und brachte damit das Fass zum Überlaufen.³⁵ Kurze Zeit später verlor Marx seine Anstellung in der NPD-Fraktion von Mecklenburg-Vorpommern. Pastörs teilte lapidar mit, nach dem Ende eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses habe man keine „Anschlussverwendung“ für Marx.

Neonazis nicht (mehr) willkommen

Die NPD-Spitze unternahm außerdem einige Anstrengungen, um Thomas Wulff loszuwerden. Zunächst enthob der Bundesvorstand den Hamburger Landeschef „mit sofortiger Wirkung“ seines Amtes. Auf dem letzten Landesparteitag, so lautete der Vorwurf, habe sich Wulff als „Nationalsozialist“ bezeichnet.³⁶ Der 53-Jährige, der im Vorfeld der sächsischen Landtagswahlen 2004 in die NPD eingetreten war, galt lange als Sinnbild des Schulterschlusses zwischen der NPD und den radikalen Kameradschaften. Mit Kritik hatte

³⁵ Vgl. *Der Tagesspiegel*: „Wirbel um Penis-Kuchen: NPD-Generalsekretär Peter Marx tritt zurück“, unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/wirbel-um-penis-kuchen-mpd-generalsekretaer-peter-marx-tritt-zurueck/9725278.html> [eingesehen am 19.12.2016].

³⁶ Vgl. Hebel, Christina: Verbotsverfahren. NPD-Spitze wirft Neonazi Wulff aus dem Amt, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mpd-wirft-neonazi-thomas-wulff-aus-amt-a-962821.html> [eingesehen am 19.12.2016].

er nie gespart, weder an Apfel noch an dessen Vorgänger Udo Voigt. Mit Voigt hatte sich Wulff, der sich in Anlehnung an einen SS-General gerne „Steiner“ nennen lässt, bald überworfen, was ihn seine kurzzeitige Position als persönlicher Referent des damaligen Vorsitzenden kostete. Das Ausschlussverfahren war noch unter Apfel angestrengt worden, aber auch dessen Nachfolger Pastörs und Franz konnten es nicht zum Erfolg führen. Mehrere Instanzen der Parteischiedsgerichtsbarkeit entschieden zu Wulffs Gunsten. Am 1. September 2016 – und damit nur wenige Tage vor der für die NPD richtungsweisenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern – verkündete der Neonazi seinen Parteiaustritt. In einer an seine Unterstützer gerichteten E-Mail nannte er das Ausschlussverfahren gegen ihn ein „unwürdiges Possenspiel armseliger Charaktere, angeführt von Udo Pastörs und Frank Franz“. Die NPD, so heißt es in dem Schreiben weiter, sei „systematisch zerstört worden“. „Diese Partei ist von innen heraus verfault!, Diese Partei hat jede Glaubwürdigkeit verloren!“, erklärt der für seine Brandbriefe bekannte Neonazi weiter. Das Schlimmste für ihn sei „der politische Verrat an der Idee des gemeinsamen unerschrockenen Kampfes für unser Volk“. Die Entscheidung, die NPD zu verlassen, sei aber unabhängig von der Wahl gefallen, versichert der Ausgetretene.³⁷

Weitere NPD-Landesvorsitzende unter Druck

Nach Richter und Wulff verloren mit Patrick Wieschke und Holger Szymanski in den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 zwei weitere NPD-Landesvorsitzende ihre Posten. Für die Wahlniederlage in Thüringen, wo die NPD am 14. September 2014 trotz eines aufwendigen Wahlkampfes „nur“ 3,6 Prozent erreichte, machten die „Kameraden“ ihren Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Wieschke verantwortlich. In der heißen Wahlkampfphase veröffentlichte ein linkes Rechercheprojekt Ermittlungen der Polizei gegen den einschlägig vorbestraften NPD-Kader. Laut den geleakten Akten von Polizei und Staatsanwaltschaft sei gegen den wegen der Anstiftung zu einem Anschlag auf einen Döner-Imbiss verurteilten Straftäter wegen des Verdachts des Missbrauchs eines zwölfjährigen Mädchens sowie eines tätlichen Übergriffs auf seine Mutter und seine jüngere Schwester ermittelt worden.³⁸ Es folgte ein Rückzug auf Raten: Zunächst zog sich Wieschke aus dem NPD-Bundesvorstand zurück, dem er als Organisationsleiter angehört hatte. Gut vier Monate nach der Wahl kandidierte er nicht mehr für eine neue Amtszeit

³⁷ Vgl. Endstation Rechts: „Diese Partei ist von innen heraus verfault“ – Thomas Wulff verlässt die NPD“, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/diese-partei-ist-von-innen-heraus-verfault-thomas-wulff-verlaesst-die-npd.html> [eingesehen am 19.12.2016].

³⁸ Vgl. Thüringen Rechtsaußen: „Sexueller Missbrauch eines Kindes – NPD-Spitzenkandidat Patrick Wieschke in Erklärungsnot“, unter: <https://thueringenrechtsausen.wordpress.com/2014/09/05/sexueller-missbrauch-eines-kindes-npd-spitzenkandidat-patrick-wieschke-in-erklarungsnot/> [eingesehen am 19.12.2016].

als Landesvorsitzender. Sein Nachfolger wurde der bisherige Landesgeschäftsführer der thüringischen NPD und enge Wieschke-Vertraute, Tobias Kammler.³⁹

Erinnerungen an die „Affäre Apfel“ weckten derweil die Vorkommnisse um dessen Nachfolger als Mitglied des Landtages und Vorsitzender der NPD-Fraktion in Sachsen, Holger Szymanski. Ende Juli 2015 gab der Funktionär, der zuvor in verschiedenen Positionen für die Fraktion, aber auch als Chefredakteur der *Deutschen Stimme* gearbeitet hatte, seinen Posten als Bundesgeschäftsführer der NPD auf. Die Stelle hatte Szymanski nach dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der sächsischen Landtagswahl angetreten. In der zugehörigen Pressemeldung nannte die Partei „persönliche Gründe“ als Ursache für den Rückzug. Zum Verhängnis wurde Szymanski vermutlich eine Wahlkampfaktion der JN. Um angeblich vor Drogen zu „warnen“, verteilten deren Aktivisten Propagandamaterialien in verschiedene Schulen Sachsens. Anschließend ermittelten die Behörden wegen Hausfriedensbruchs und führten im März 2015 eine Razzia durch. Neben Räumlichkeiten des JN-Landesverbandes wurden Wohnungen von NPD-Kadern durchsucht, unter anderem die von Szymanski. Dabei stellten die Ermittler auf einem beschlagnahmten Computer Medienberichten zufolge pornografisches Material mit „besonders ekligem Inhalt“ sicher.⁴⁰ Für das von der NPD angestrebte „Saubermann“-Image ein schwer Rückschlag. Die Partei musste gegensteuern. Als neuer Bundesgeschäftsführer wechselte Klaus Baier, bislang Pressesprecher der Partei und Vorsitzender des brandenburgischen Landesverbandes, ein.

Die Gerüchte um Szymanski verschärften die Krise der sächsischen NPD. Nach der Wahlniederlage bestimmten und bestimmen Personalquerelen und Richtungskämpfe den Parteilalltag. Maik Scheffler, für viele radikale Neonazis als Landes-Vize lange Zeit einer der Anker in der vergleichsweise gemäßigten Sachsen-NPD, kehrte der Partei ebenfalls den Rücken. Nach eigenen Angaben hat sich Scheffler von der rechtsextremistischen Ideologie losgesagt. Der Ausstieg sei mithilfe des Projektes „ad acta“ erfolgt, die Meinungsänderung sei von der Begegnung mit einer Gruppe Syrer, denen Scheffler die deutsche Sprache beigebracht habe, angestoßen worden.⁴¹

Nach der Wahl in Sachsen wurden die Streitigkeiten immer mehr nach außen sichtbar; es folgte eine Austrittswelle. Im November 2014 warf der gesamte Kreisvorstand in Görlitz

³⁹ Vgl. Brandstetter, Marc: Wieschke aussortiert, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/wieschke-aussortiert.html> [eingesehen am 19.12.2016].

⁴⁰ Vgl. Der Tagesspiegel: „NPD. Rechtsextreme Partei im freien Fall“, unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/npd-rechtsextreme-partei-im-freien-fall/12013424.html> [eingesehen am 19.12.2016].

⁴¹ Vgl. Blick: „Vom schwierigen Ausstieg“, unter: <http://www.blick.de/nachrichten/mittelsachsen/vom-schwierigen-ausstieg-artikel9448263.php> [eingesehen am 19.12.2016].

das Handtuch. Ein knappes halbes Jahr später zerfiel die Kreistagsfraktion in Bautzen. Von den ursprünglich fünf NPD-Abgeordneten wendeten sich zunächst drei nach internen Meinungsverschiedenheiten von der Partei ab. Im Dezember 2016 traten schließlich die letzten beiden verbliebenen Mandatsträger aus der NPD aus. Damit stellen die Rechtsextremisten keine Kreistagsangehörigen mehr.⁴² Noch bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 hatte die NPD gegen den allgemeinen Landestrend um 0,2 Prozentpunkte zugelegt. Außerdem sollen viele Mitglieder die Partei verlassen haben. Der örtliche Kreischef Frank Lüdke sprach von nur noch drei verbliebenen Aktivisten.⁴³

Kompromisskandidat Frank Franz: Eigene Konzepte und doch überfordert

Mit der schwierigen Aufgabe, das einstige Flaggschiff der extremen Rechten wieder „flott“ zu machen, betrauten die Delegierten des Bundesparteitages im baden-württembergischen Weinheim 2014 den bisherigen Pressesprecher der Partei, Frank Franz. Die Wahl des Saarländers überraschte, zumal er zwei Jahre zuvor, als ihn Holger Apfel zu seinem Stellvertreter machen wollte, bei der Basis durchgefallen war. Dieses Mal profitierte der auf sein äußeres Erscheinungsbild bedachte Funktionär nicht nur von der Unterstützung des starken Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, sondern ebenso von der Schwäche seiner Gegenkandidaten. Der Ex-Generalsekretär und Nachfolger von Franz als Chef der saarländischen NPD, Peter Marx, und die Ex-RNF-Vorsitzende Sigrid Schüssler hatten sich mit zweifelhaften Aktionen selbst ins politische Abseits gestellt. Franz erhielt 86 Stimmen, für Marx stimmten 32 Delegierte, Schüssler sicherte sich die Unterstützung von nur 17 NPD-Mitgliedern.

Franz blieb ein Verlegenheitskandidat – auch mangels Alternativen. Eine eigene Hausmacht in der Partei hatte er bei seiner Kür zum Parteichef nicht. Der nach der „Affäre Apfel“ als Hoffnungsträger angetretene Pastors hatte nach nur einjähriger Amtszeit auf eine Wiederwahl verzichtet. Auch Udo Voigt, der kurzzeitig von verschiedenen Seiten ins Gespräch gebracht worden war, winkte ab. Der Kader geht in seiner Rolle als Abgeordneter des Europaparlamentes auf und hat seinen Mitarbeiterstab mit Unterstützern wie Karl Richter, dem Berliner Landesvorsitzenden Uwe Meenen, der langjährige Parteisekretärin Bettina Bieder, dem früheren Republikaner Frank Rohleder oder dem brandenburgischen Nachwuchsfunktionär Florian Stein besetzt. Dessen ungeachtet legte Franz einen Fehlstart hin. Sein Wunschkandidat als Stellvertreter, Sascha Roßmüller, stand nicht mehr zur De-

⁴² Vgl. *Sächsische Zeitung*: „Keine NPD mehr im Kreistag Bautzen“, unter: <http://www.sz-online.de/nachrichten/keine-npd-mehr-im-kreistag-bautzen-3570652.html> [eingesehen am 21.12.2016].

⁴³ Vgl. *Endstation Rechts*: „Bautzner NPD kollabiert“, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/bautzner-npd-kollabiert.html> [eingesehen am 19.12.2016].

batte – das Mitglied des Rockerclubs „Bandidos“ war vor dem Parteitag verhaftet und später zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Ratlos am Abgrund

Nach einem Jahr im Amt zog Franz in der November-Ausgabe des Jahres 2015 der *Deutschen Stimme* Bilanz: „In einem Jahr haben wir viel erreicht“, versicherte der Bundesvorsitzende in einem Interview mit Peter Schreiber, früher Angestellter der sächsischen Landtagsfraktion und nun DS-Chefredakteur. Sein Ziel, so Franz, sei es, „das Bild über die NPD nachhaltig zu verbessern“. Dazu gehöre „DS TV“, ein eher dröges Internetvideoformat, und eine „zunehmend attraktivere Deutsche Stimme“. Bereits heute mache sich das „deutlich freundlichere Erscheinungsbild“ bemerkbar, stellt der dreifache Familienvater fest. Mit dieser Einschätzung folgt die NPD ihrer bekannten Masche – die Realität und die jüngsten Ereignisse blenden Funktionäre wie Basis aus. In der öffentlichen Wahrnehmung spielt die NPD kaum eine Rolle. Das Urteil der NPD-Spitze sieht hingegen anders aus: Die Partei ernte jetzt den „verdienten Zuspruch“. ⁴⁴ Strategisch folgt Franz weiter der Linie seines Vor-Vorgängers Holger Apfel. Allerdings vermeidet Franz den Begriff der „seriösen Radikalität“, der unter „Kameraden“ verbrannt ist. Inhaltlich bleibt die NPD unter seiner Führung den radikaleren Positionen treu; der völkische Kern der NPD ist unverkennbar.

Die momentane Sackgasse der NPD führt Parteichef Frank Franz in einem weiteren Artikel unter dem Titel „Wie weiter?“ in einer Ausgabe der *Deutschen Stimme* auf fünf Faktoren zurück. Damit leiste er, wie es in der Ankündigung heißt, einen „ersten Beitrag zur zukünftigen Strategiedebatte der Nationaldemokraten“. ⁴⁵ Tatsächlich ist im Handeln von Franz und seiner dezimierten Truppe im Vergleich zu früheren Jahren keine klare strategische Handschrift mehr zu erkennen. Während Udo Voigt unmittelbar nach seiner Wahl zum NPD-Vorsitzenden 1996 das „Drei-Säulen-Modell“ als Konzept auf den Weg brachte, setzte sein Nachfolger Holger Apfel auf die „seriöse Radikalität“, also eine unverfänglichere Außendarstellung bei gleichbleibenden radikalen Inhalten, die freilich floppte. Udo Pastörs bemühte sich dem Vernehmen nach um eine innere Sanierung der Partei, rammte aber nicht die von dem Hardliner erwarteten politischen Pflöcke ein.

In seinem *Deutsche Stimme*-Artikel schreibt Franz, die anhaltende Verbotsdebatte habe die NPD „selbstverständlich“ geschwächt. Hinter dem Aufkommen der Alternative für Deutschland witterte er eine Verschwörung: Die AfD sei „just in dem Moment aus dem

⁴⁴ Vgl. *Deutsche Stimme*: „Das Volk ist keine Verfügungsmasse“. Die DS im Gespräch mit dem NPD-Parteivorsitzenden Frank Franz. Eine Zwischenbilanz. In: *Deutsche Stimme*, November 2015, S. 3f.

⁴⁵ Vgl. Franz, Frank: *Wie weiter?* In: *Deutsche Stimme*, Mai 2016, S. 12.

Boden gestampft [worden], in dem sich die politische Lage dramatisch ändert, wovon anderenfalls die NPD ‚profitiert‘ hätte“. Außerdem werde die AfD durch „alle Blätter gewälzt“, selbst die kritische Berichterstattung habe sich „positiv auf deren Wählerentwicklung“ ausgewirkt.⁴⁶ Warum die kritische Berichterstattung über die NPD ihr keine Wähler bringt, im Gegenteil, sich die Menschen von den Rechtsextremisten abwenden, konnte Franz nicht beantworten. Wie sehr sich der NPD-Chef in Bezug auf die AfD irrte, zeigt ein Blick ins Archiv. Vor drei Jahren hatte er, damals noch Pressesprecher der Bundes-NPD, der neuen Partei eine „lobenswerte Eisbrecher- und Türöffnerfunktion“ für NPD-Themen bescheinigt.⁴⁷

Seiner Partei empfiehlt Franz eine „Bündelung der Mittel und Ressourcen“. Kein neuer Gedanke, denn diese Partei konzentrierte sich in ihrer Geschichte oft auf Schwerpunktreionen, zum Beispiel Sachsen, wo sie seit der Jahrtausendwende mit einigem Aufwand die Saat für ihre späteren Erfolge ausbrachte. Außerdem beklagt der Kader in dem *Deutsche Stimme*-Beitrag die „Mehrfachbelastung des Personals“, das an seine Kapazitätsgrenze stoße. Kein Wunder, haben doch in den letzten Jahren viele Führungsfiguren die NPD verlassen oder sich aus ihren Positionen zurückgezogen. Die NPD müsse „ran an die Normalbürger“, schreibt Franz weiter. Keinesfalls eine neue Erkenntnis, denn immer wieder beschwören die Rechtsextremisten den Marsch in „die Mitte des Volkes“. Vorerst auf die Ersatzbank schieben möchte der NPD-Chef hierfür eines der identitätsstiftenden Themen der gesamten Szene, das unterschiedliche Strömungen zusammenhält: Die „Abstammungsfrage“, die für den „Normalbürger kaum noch eine Rolle spielt“.⁴⁸

Schritt für Schritt tiefer in die Bedeutungslosigkeit: Die Wahlen nach Apfel

Achtungserfolg bei der Europawahl

Seit 2012 kam die NPD bei neun Wahlen in den Bundesländern nicht über ein Prozent hinaus. Einen kleinen Achtungserfolg verbuchten die Rechtsextremisten bei der Europawahl am 25. Mai 2014, als mit Udo Voigt eines der letzten verbliebenen Parteschwergewichte ins Straßburger Parlament einzog. Nur 1,0 Prozent reichten der NPD für einen Sitz. Damit wird der wegen Volksverhetzung vorbestrafte langjährige Bundesvorsitzende die schwarz-weiß-roten Parteifahnen auf europäischer Bühne alleine hochhalten müssen.

⁴⁶ Vgl. *ebd.*

⁴⁷ Vgl. Lachmann, Günther: *NPD umschmeichelt die D-Mark-Partei*, unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article115245901/NPD-umschmeichelt-die-D-Mark-Partei.html> [eingesehen am 07.01.2017].

⁴⁸ Vgl. Franz 2016 (Fn. 45).

Olaf Rose – Nummer zwei der NPD-Liste – verpasste den Sprung ins Parlament. Intern hatte die Partei auf den Gewinn von mindestens zwei Sitzen gehofft. Das NPD-Mandat wurde durch den Fall der Drei-Prozent-Hürde möglich, die das Bundesverfassungsgericht zuvor für verfassungswidrig erklärte hatte.⁴⁹ Zu den Klägern gegen die Sperrklausel gehörte – neben weiteren Parteien, Initiativen und Einzelpersonen – auch die NPD, die von ihrem späteren Prozessbevollmächtigten im Verbotsverfahren, Peter Richter, vertreten wurde.

Bundesweit schnitt die NPD erneut in den neuen Bundesländern am besten ab. In Sachsen kam sie auf 4,1 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern reichte es für 2,5 Prozent und in Thüringen, wo ebenso wie in Sachsen im gleichen Jahr ein neuer Landtag gewählt werden sollte, entschieden sich 3,5 Prozent für die Partei. Im Westen hingegen blieb die Partei ein zahnloser Tiger, insbesondere in Hamburg (0,4 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (0,6 Prozent) vermochte sie überhaupt nicht zuzubeißen. 2009 war die Partei nicht zur Europawahl angetreten. Damals überließ sie ihrer Partnerorganisation DVU den Vortritt, die 0,4 Prozent der Stimmen gewann. Das niederschmetternde Resultat sorgte für dicke Luft zwischen den beiden „Deutschland-Pakt“-Parteien, der Kontrakt wurde kurz darauf durch die NPD aufgekündigt. Nach einer Eiszeit schluckte die NPD schließlich die DVU, ohne jedoch nachhaltig davon zu profitieren.⁵⁰

Die Hochburg Sachsen fällt

Am 31. August 2014 standen für die NPD in Sachsen Wahlen mit richtungsweisendem Charakter an. Punkt 18.00 Uhr hielten ihre Funktionäre den Atem an. Der braune Balken, der in den Fernsehprognosen an sechster Stelle aufgerufen wurde, überschritt die überlebenswichtige Grenze von 5 Prozent nur um Haaresbreite. Bereits im Laufe des Tages hatten die Meldungen von einer geringen Wahlbeteiligung die Runde gemacht. Letztendlich fand nicht einmal jeder Zweite der 3,4 Millionen Wahlberechtigten den Weg ins Stimmlokal; was normalerweise kleineren Parteien in die Hände spielen sollte. Die letzten Umfragen, die die von Spitzenkandidat Holger Szymanski, einem eher blassen „Beamtentypen“ ohne jegliches Charisma, geführte Partei auf den letzten Metern doch noch den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde zutrauten, beflügelten deren Aktivisten.

Wie bei zurückliegenden Wahlkämpfen hatte die NPD auf eine Materialschlacht gesetzt, mit ihren Plakaten die entlegensten Landstriche zugleleistert. Ihre Tour durch Sachsen blieb jedoch diesmal ohne größere Resonanz; Wählerinnen und Wähler außerhalb des

⁴⁹ Vgl. Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 17.01.2017 – 2 BvB 1/13, unter http://www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113.html [eingesehen am 21.01.2017].

⁵⁰ Vgl. Brandstetter, Marc: Die „neue“ NPD zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade. – Berlin: KAS, 2013. – S. 29ff. – (Parteienmonitor aktuell).

eigenen Milieus, das freilich in Sachsen größer ist als in vielen anderen Regionen Deutschlands, konnte sie selten ansprechen. Die Aufmerksamkeit der Medien erreichten die „Strategen“ in der Geschwister-Scholl-Straße in Riesa allenfalls mit Provokationen, auch wenn manch ein Schuss nach hinten losging. So besuchten die Wahlkämpfer Asylbewerberwohnheime. Ein Propagandavideo des Auftritts in Bautzen ließ der Betreiber der Unterkunft allerdings gerichtlich stoppen, da die Partei den Streifen ohne ihn zu informieren angefertigt habe.⁵¹

Die NPD scheiterte letztlich auf der Zielgeraden. 4,95 Prozent oder 81.060 Stimmen reichten nicht für den dritten Landtagseinzug in Folge. Nach dem Endergebnis fehlten der NPD nur wenige hundert Stimmen. Damit verlor die Partei 0,7 Prozentpunkte, was knapp 20.000 Stimmen entspricht, aber vor allem: ihre Fraktion. Landeschef Szymanski, der Sebnitzer Arzt Johannes Müller, Arne Schimmer, Alexander Delle, Mario Löffler, Jürgen Gansel und als einzige Frau Gitta Schübler gewannen kein neues Mandat. Auch das „Versorgungsnetzwerk“ der NPD ist damit Geschichte, denn die Fraktion hatte Nachwuchskader zu ihren Mitarbeitern gemacht.

Von der NPD wanderten 13.000 frühere Anhänger zur Alternative für Deutschland, die aus dem Stand 10,1 Prozent einfuhr. Damit entfielen 14 der 130 Mandate im Dresdner Parlament auf die Senkrechtstarter. Außerdem machten sich 10.000 Menschen, die 2009 noch der NPD ihre Stimme gegeben hatten, nicht mehr auf den Weg ins Wahllokal. Jeder zehnte Unterstützer verweigerte ihr die Gefolgschaft und wechselte ins Lager der Nichtwähler.⁵² Der Skandal um den einstigen, unumstrittenen Frontmann der NPD im Freistaat, Holger Apfel, ging nicht ohne Spuren an der Partei vorüber. Der einen rechten Kurs fahrenden AfD gelang es, der NPD das Wasser abzugraben. Die Wahlkämpfer der NPD hatten diese Gefahr zuletzt erkannt und sich zum „Original“ erklärt. Ihr Angriff auf die AfD konnte aber nichts mehr bewirken.

Die landesweiten Hochburgen der NPD blieben bestehen. Ihr bestes Ergebnis erzielte die Partei mit 10,9 Prozent im Wahlkreis „Bautzen 5“. In der Großen Kreisstadt machten lokale NPD-Aktivisten seit geraumer Zeit Front gegen eine Asylbewerberunterkunft, die in einem früheren Hotel errichtet wurde. Ihr „Lohn“: ein sattes Plus von 3,9 Prozentpunkten. Überdurchschnittlich erfolgreich war die NPD weiterhin in der Sächsischen Schweiz und im Erzgebirge. Dort lag ihre Zustimmung zwischen 5,7 Prozent (Wahlkreis „Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 1“) und 9,9 Prozent (Wahlkreis „Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 4“). In „Meißen 2“ entschieden sich 7,1 Prozent der Wählerinnen und Wäh-

⁵¹ Vgl. *Endstation Rechts*: „Landgericht Berlin untersagt Verbreitung von NPD-Wahlkampfvideo“, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/landgericht-berlin-untersagt-verbretung-von-npd-wahlkampfvideo.html> [eingesehen am 20.12.2016].

⁵² Vgl. Neu, Viola: *Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014*. – Berlin: KAS, 2014.

ler für die NPD. Nicht punkten konnten die Rechtsextremisten in den großen sächsischen Städten, besonders in den innerstädtischen Wahlkreisen. In „Leipzig 5“ reichte es gerade für 1,8 Prozent, in „Leipzig 2“ für 2,0 Prozent, in „Dresden 5“ für 2,4 Prozent und in „Dresden 1“ für 2,8 Prozent. Die nach wie vor bestehenden NPD-Schwerpunkt-Regionen zeichnete in dieser Wahl ein kaum übersehbarer weiterer Rechtsruck aus. Auffällig ist, dass auch die AfD in diesen Regionen über ihrem Landesdurchschnitt lag. Bautzen bescherte ihr ein Rekordresultat von 14,8 Prozent – damit kreuzte hier jeder vierte Wähler eine Partei rechts der Union an. Nur 0,2 Prozentpunkte weniger mobilisierte die Mannschaft um Frauke Petry in Görlitz (Wahlkreis „Görlitz 3“, 14,6 Prozent). In der Sächsischen Schweiz überzeugte die AfD genauso wie im Erzgebirge mit mehr als 11 Prozent der Wahlberechtigten. In Leipzig wuchsen ihre Bäume nicht in den Himmel, obwohl sie hier die Fünf-Prozent-Hürde – wie in allen Wahlkreisen – überwinden konnte. Das schwächste NPD-Wahlgebiet „Leipzig 2“ bildete mit 5,2 Prozent auch das Schlusslicht im AfD-Ranking. Es folgte „Leipzig 5“ mit 5,6 Prozent.

Es dauerte nur wenige Stunden am Wahlabend, bis schließlich das Nachtreten begann. Maik Scheffler, damals sächsischer Landesvize und Verfechter eines radikaleren Kurses, erklärte, die NPD sei als „Parlamentspartei gescheitert“. Eine inhaltliche und personelle Analyse müsse folgen. Patrick Wieschke, Spitzenkandidat in Thüringen, beeilte sich, die politischen Unterschiede zwischen seinem Verband und den sächsischen „Kameraden“ herauszustreichen. In den verbleibenden beiden Wochen sollte der vorbestrafte Kader mit seinen Unterstützern alles daran setzen, nicht in den Abwärtssog zu geraten. Vergeblich.

Thüringen: Scheitern mit Ansage

Gut eine Stunde vor Schließung der Wahllokale am 14. September 2014 traf die Führung der Landespartei im Erfurter Landtag ein. NPD-Spitzenkandidat Wieschke hoffte auf den größten Triumph seiner politischen Laufbahn – und erlebte wahrscheinlich den schwersten Rückschlag. Landesweit verlor die Partei, die bereits vor Monaten die heiße Wahlkampfphase eingeläutet hatte, 0,7 Prozentpunkte. In der Endabrechnung wies der Landeswahlleiter die NPD mit 3,6 Prozent aus (34.018 Stimmen). Vor fünf Jahren, damals noch unter der Führung des mittlerweile verstorbenen Frank Schwerdt, hatte die NPD 4,3 Prozent eingefahren. Bereits um 19 Uhr hatten Wieschke, Schwerdt und der umtriebige Rechtsrock-Organisator Gordon Richter genug. Gemeinsam mit ihren Anhängern verließen sie niedergeschlagen den Ort ihrer Schmach.

Die Pleite der NPD in Thüringen war hausgemacht und spitzte sich durch den ausbleibenden Rückenwind aus Sachsen zu. Der mit hohem Aufwand betriebene Wahlkampf, der in

ähnlichen Materialdimensionen wie in Sachsen ablief, konnte die dunkle Vergangenheit des NPD-Führungspersonals nicht übertünchen. Die asylfeindlichen Argumentationsmuster der NPD verfangen nicht, zumal die AfD ein ähnliches Terrain bespielte. Zuletzt hatte außerdem Wieschke deutlichen Schaden genommen. Seine zahlreichen Verurteilungen, etwa wegen Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag auf einen Döner-Imbiss oder Körperverletzung, waren hinlänglich bekannt. Da eine Woche vor dem Wahltermin Akten über Ermittlungen wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs eines zwölfjährigen Mädchens und kurz darauf über die Gewalt gegen seine Mutter und seine damals 15 Jahre alte Schwester an die Öffentlichkeit gerieten, nahm das schlechte NPD-Image weiteren Schaden. Selbst für eingefleischte Unterstützer war das zu viel, das Bild der gegen „Kinderschänder“ agierenden Aktivisten bzw. das der Familienpartei war zerstört. Ihren betont bürgerlichen Anstrich nahmen nur noch wenige der NPD ab. Ihr wahres Gesicht zeigte die NPD, als sie schließlich ausgerechnet den wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorbestraften Ex-Landser-Sänger Michael „Lunikoff“ Regener die Werbetrummel rühren ließ. Die kurze Politikerkarriere von Wieschke neigte sich dem Ende zu. Bereits zuvor war durchgesickert, dass einige Mitglieder der Führungsclique der Bundes-NPD mit seiner Kür zum Spitzenkandidaten höchst unglücklich waren.

Abgehängt in Brandenburg

Am 14. September 2014 waren die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs ebenfalls aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen. Für die NPD stand dieser Urnengang im Schatten der beiden Wahlen in Sachsen und Thüringen, wo sich die Parteiführung größere Chancen ausrechnete. Die widrigen Umstände waren für Landeschef Klaus Beier kein Hindernis, Luftschlösser zu bauen. Gleich sechs Gesinnungsgenossen wollte der Ex-NPD-Pressesprecher in den neugebauten Landtag von Potsdam entsenden. Nach seinen Vorstellungen sollten mindestens 5 Prozent herauspringen. 2009 kam die NPD – ebenfalls unter der Regentschaft von Beier – auf 2,7 Prozent. Damals trat mit der DVU eine direkte Konkurrenzpartei an, die 1,1 Prozent erhielt. Mit 2,3 Prozent unterbot die NPD ihr Ergebnis des Jahres 2009 um 0,4 Prozentpunkte, während für die AfD um den immer weiter nach rechts rückenden Alexander Gauland mit 12,2 Prozent ein Rekordergebnis herausrang. Die thematische Festlegung der NPD auf einen Anti-Asyl-Wahlkampf und die propagandistische Organisation einer Art „Bürgerwehr“ verfangen nicht. Bereits am 1. September 2014 – das Jahresdatum des Beginns des Zweiten Weltkrieges war sicherlich nicht rein zufällig gewählt – führten die Wahlkämpfer in Cochen (Landkreis Oder-Spree) eine Kundgebung unter dem Motto „Heute 12 Stunden Sicherheit, mit der NPD im Landtag künftig 365 Tage im Jahr“ durch. In dem 400-Seelen-Ort wird derzeit eine Brücke über die Neiße gebaut, die Deutschland mit Polen verbinden wird – für die NPD nicht mehr als ein neues Einfallstor für „kriminelle Banden“. Weitere Aktionen kündigte die Landes-NPD

an, genauso wie eine verstärkte Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Bürgerwehren.⁵³ Der Erfolg blieb jedoch aus.

Ratlos in Sachsen-Anhalt

Das darauffolgende Jahr begann für die in Schieflage geratene Partei kaum besser. Die von der Parteiführung im Vorfeld der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt als großer „Coup“ angepriesene Zweitstimmenkampagne flopte auf ganzer Linie. Angesichts der schlechten Umfrageergebnisse – wenn die Partei überhaupt ausgewiesen wurde, lag sie zwischen 1 und 3 Prozent – hatte die NPD-Spitze die Flucht nach vorne angetreten. Auf einer Pressekonzferenz in Berlin warb Parteichef Franz nur wenige Tage nach der mündlichen Verhandlung im Rahmen des Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht um Leihstimmen aus dem AfD-Lager. Während er die eigenen Sympathisanten aufrief, in ihrem Wahlkreis für den Kandidaten der Alternative für Deutschland zu stimmen, sollten deren Unterstützer dafür mit der wichtigeren Zweitstimme, die über die Zusammensetzung des Parlaments entscheidet, die NPD wählen. Franz sprach von einer „ähnlichen Richtung“ beider Parteien; die AfD wies den durchschaubaren Vorstoß schnell zurück.⁵⁴

Die NPD verlor 2,7 Prozentpunkte und kam über 1,9 Prozent der Stimmen nicht hinaus (21.211 Stimmen). Der von einigen Kadern, etwa dem früheren Parteichef Voigt, beschworene Einzug in den Magdeburger Landtag blieb in weiter Ferne. Neben dem Verbotsverfahren und der Konkurrenz durch die AfD bzw. die Neonazi-Splitterpartei „Die Rechte“, die 0,2 Prozent erreichte, dürften hausgemachte Fehler zum schlechten Abschneiden außerhalb der Hochburgen Zeitz (4,0 Prozent) oder Dessau-Roßlau-Wittenberg (3,0 Prozent) beigetragen haben. Die Wahlkampfaktivitäten waren kaum als solche zu bezeichnen, der Spitzenkandidat Peter Walde, ein siebzigjähriger Rentner ohne jegliches Charisma und früherer Republikaner, war nicht in der Lage, die versprengten Truppen hinter sich zu sammeln. Hinzu kam der insgesamt schlechte Zustand des Landesverbandes. Nach der knappen Niederlage bei der Wahl 2011 (4,6 Prozent) brach die Gliederung fast gänzlich in sich zusammen. Viele als „hoffnungsvoll“ gehandelte Nachwuchskader kehrten ihr den Rücken. Anschließend kamen die Rechtsextremisten nicht mehr auf die Beine.

Mecklenburg-Vorpommern stürzt die NPD vollends in die Krise

⁵³ Vgl. *Endstation Rechts: „NPD-Wahlkampf in Brandenburg: Provokationen unter Ausschluss der Öffentlichkeit“*, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-wahlkampf-in-brandenburg-provokationen-unter-ausschluss-der-oeffentlichkeit.html> [eingesehen am 21.12.2016].

⁵⁴ Vgl. *Litschko, Konrad: Kampagne vor Landtagswahlen. NPD dient sich AfD an*, unter: <http://www.taz.de/!5284380/> [eingesehen am 27.12.2016].

Die NPD erlebte am 4. September 2015 in Mecklenburg-Vorpommern eine der schwersten Wahlniederlagen ihrer jüngeren Geschichte.⁵⁵ Ein Blick auf die Zahlen unterstreicht den Absturz der NPD. Kamen die Rechtsextremisten 2011 an der Ostsee auf 6 Prozent, waren es fünf Jahre später 3 Prozent – ein Minus von 3 Prozentpunkten. Absolut verlor die Partei mehr als 40 Prozent ihrer früheren Wähler. Statt 40.642 Menschen (2011) kreuzten nur noch 24.475 Sympathisanten die NPD auf ihrem Wahlzettel an. Entsprechend fielen die Resultate in den einzelnen Wahlkreisen aus. Abseits ihrer Hochburgen übersprang die NPD nirgends die Fünf-Prozent-Hürde; die Sperrklausel fiel nur in fünf Bezirken. Vor fünf Jahren war die Truppe um Udo Pastörs noch in 24 Wahlkreisen erfolgreich. Die Verluste der NPD waren flächendeckend. Auffällig bleibt, dass die NPD-Schwerpunkt-Regionen mit einer Ausnahme („Ludwigslust-Parchim I“) nach wie vor im Osten des Bundeslandes liegen. In den vier Wahlgebieten des Landkreises Vorpommern-Greifswald erzielte die NPD Zweitstimmenergebnisse zwischen 5,6 Prozent („Vorpommern-Greifswald III“) und 8,7 Prozent („Vorpommern-Greifswald IV“). Ihr bestes Ergebnis fuhr die NPD 2011 ebenfalls im Wahlkreis „Uecker-Randow I“, der jetzt „Vorpommern-Greifswald IV“ heißt, ein, wo sie auf 15,4 Prozent kam.

Wie sehr die AfD, die aus dem Stand mit 20,8 Prozent hinter der SPD (30,6 Prozent), aber vor der CDU (19,0 Prozent) zweitstärkste Kraft wurde, die NPD schwächt, zeigt ein Blick auf die Wählerwanderungsbilanz. Nach dieser Berechnung wechselten 20.000 Ex-NPD-Unterstützer von der „braunen“ zur „blauen“ Seite. Die Gewinne aus dem Nichtwählerlager reichten bei Weitem nicht aus, diese Verluste wettzumachen. Neben 6.000 bisherigen Nichtwählern überzeugte die NPD jeweils 1.000 bisherige Unterstützer der CDU und der Linken. Dem stehen allerdings 2.000 Wechsler in die Reihen der SPD gegenüber.⁵⁶ Ähnlich wie 2014 in Sachsen, wo nicht zuletzt die Verluste an die AfD für das Ausscheiden der NPD aus dem Landtag sorgten, stützte die AfD die NPD in Mecklenburg-Vorpommern auf ihre Kernwählerschaft zurück.

Die verzweifelten Angriffe der NPD auf die AfD im Wahlkampf, die in einer durchschaubaren Zweitstimmenkampagne gipfelten, verfehlten ihre Wirkung. Den Verzicht auf Direktkandidaten begründete Landesvize David Petereit auch mit dem teilweise „ordentlichen“ Personal der AfD.⁵⁷ Allerdings wollte die NPD vielmehr ihre eigene strukturelle Schwäche kaschieren. Die politischen Angriffe auf die AfD mehrten sich, auf Facebook warb die NPD

⁵⁵ Vgl. Heinrich, Gudrun: *Die NPD – Eine Bewegungspartei verlässt die parlamentarische Bühne*. In: Koschkar, Martin / Müller, Jan / Nestler, Christian (Hrsg.): *Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler*. – Rostock: Universität Rostock, 2016. – S. 84-94. – (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 36).

⁵⁶ Vgl. Neu, Viola / Pokorny, Sabine: *Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016*. – Berlin: KAS, 2016. – S. 13.

⁵⁷ Vgl. NDR: „NPD pustet AfD Wind in die Segel“, unter:

<http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/NPD-pustet-AfD-Wind-in-die-Segel,npdkandidaten100.html> [eingesehen am 22.12.2016].

als „die Alternative zur Alternative“. Ein NPD-Kreisverband veröffentlichte auf Facebook ein Foto, das eine Frau in einer islamischen Burka zeigt, die scheinbar ein AfD-Plakat aufhängt. Dazu schreibt die Partei: „Neben homosexuellen und negroiden AFDlern nun das noch. Das Partei ist nichts weiter als ein Ablassventil für den Volkszorn.“ [sic!] Und die Parteijugend der Rechtsextremisten, die Jungen Nationaldemokraten (JN), plakatieren: „Spießer wählen AfD, echte Kerle NPD!“ [sic!] Das Scheitern der NPD hatte sich nicht nur in Umfragen, in denen sie selten über 3 Prozent Zustimmung kam, sondern auch in kaum wahrnehmbaren Wahlkampfaktivitäten angedeutet. Die zahlreichen Infostände waren zumeist wenig besucht, auf größere Demonstrationen verzichtete die Partei – im Gegensatz zu früheren Jahren – gänzlich.⁵⁸

Das Ausscheiden der NPD aus dem Landtag ist ein schwerer Schlag für die Partei. Für ihre „Arbeit“ strichen die Rechtsextremisten pro Jahr rund 1,3 Millionen Euro ein. Die fünf Abgeordneten fallen im Vergleich zu den zahlreichen Angestellten der Fraktion und den Wahlkreismitarbeitern vergleichsweise weich. Ihnen steht bis zu drei Jahren ein Übergangsgeld zu. Viele der Kader dürften fortan nicht mehr ihren kompletten Tagesablauf ihrer menschenverachtenden Politik widmen können, sondern müssen regulären Beschäftigungen nachgehen. Die Aktivitäten der NPD schiefen nach dem Wahltag fast vollständig ein. Außer Meldungen auf der Webseite des Landesverbandes und einer kleineren Mahnwache vor dem Schweriner Schloss anlässlich der Verkündung des Urteils im Verbotsverfahren brachte sie nichts mehr zustande. Ebenso fällt der bevorzugte Zugang zu Informationen weg, den die NPD-Fraktion vor allem durch „Kleine Anfragen“ rege nutzte. Schließlich könnte die rechtsextremistische Infrastruktur von der NPD-Niederlage direkt betroffen sein. Die bisherigen NPD-Abgeordneten unterhielten Büros im Grevesmühlener „Thing Haus“, in Anklam – im gleichen Gebäude sitzt auch der Landesverband – oder in Lübbtheen. Über die vom Steuerzahler finanzierten Mieten steuerten Udo Pastörs, Stefan Köster oder Michael Andrejewski ihren Beitrag zur rechtsextremistischen Erlebniswelt bei.

„In den nächsten Wochen und Monaten wird über den zukünftigen Weg der NPD in unserer Heimat zu befinden sein“, warf der NPD-Landesverband kurz nach dem Wahltag einen trüben Blick in die Zukunft. Das Wissen über die gewachsene Gemeinschaft stehe im Vordergrund, schrieben die Wahlverlierer auf Facebook. Ihr Augenmerk werde die Partei fortan zwangsläufig auf Aktivitäten außerhalb der Parlamente legen, Landeschef Köster nannte das Konzept im *Tagesspiegel* „Nationale außerparlamentarische Opposition“

⁵⁸ Vgl. *Endstation Rechts*: „NPD-Wahlkampf vor leeren Rängen“, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-wahlkampf-vor-leeren-raengen.html> [eingesehen am 23.12.2016].

(NAPO).⁵⁹ Udo Voigt hatte unter dieses Motto Mitte der 1990er Jahre seine Strategie der Öffnung für die Neonazi-Szene gestellt. In der Folge radikalisierte sich die NPD. Selbstkritik hingegen äußerte die Partei und ihre Führung – bis auf ganz wenige Ausnahmen – nicht. Die Partei habe einen „beispiellosen Wahlkampf“ geführt, für das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde seien der allgemeine Trend zugunsten der AfD wie auch die Kampagnen der Medien gegen die NPD verantwortlich. In diesem Zusammenhang sei auch das Verbotsverfahren zu sehen, das mögliche Wähler abgehalten habe, konstatierte NPD-Chef Franz in einem längeren Interview mit dem hauseigenen Propaganda-Sender „DS TV“ gut vier Wochen nach der Wahl.⁶⁰

Berlin zementiert den Niedergang

Die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2016 bestätigte den Trend der letzten Jahre. Die NPD hatte ihren Zenit überschritten und fuhr die nächste Pleite innerhalb weniger Monate ein. Die von dem verurteilten Straftäter Sebastian Schmidtke in den Wahlkampf geführte Partei büßte im Vergleich zur Wahl 2011 1,6 Prozentpunkte ein. Mit nun 0,6 Prozent wird zukünftig kein Geld mehr aus der staatlichen Parteienteilfinanzierung auf die NPD-Konten in der Bundeshauptstadt fließen. Hierfür ist mindestens 1 Prozent an Wählerstimmen nötig. Weniger als ein Drittel der Wähler (31.241 Stimmen) machte 2011 sein Kreuz bei der Partei (9.453 Stimmen). Mindestens genauso schwer wiegt das Abschneiden bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). In keiner der zwölf Vertretungen entfiel ein Mandat auf die NPD. Vor fünf Jahren hatte sie immerhin noch jeweils zwei Sitze in Lichtenberg, Hellersdorf und Treptow-Köpenick gewonnen.

Strategisch ratlos

Alter Wein in neuen Schläuchen

Wie zuvor in Sachsen löste der abermalige Tiefschlag in Mecklenburg-Vorpommern eine interne Diskussion über den zukünftigen strategischen Weg der NPD aus. Verschiedene Funktionäre sprachen sich für ein verstärktes Engagement außerhalb der Parlamente aus. Das in der Vergangenheit in einigen Gegenden Ostdeutschlands erfolgreich erprobte

⁵⁹ Vgl. *Der Tagespiegel*: „Eine politische Randerscheinung namens NPD“, unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern-eine-politische-randerscheinung-namens-npd/14498744.html> [eingesehen am 23.12.2016].

⁶⁰ Vgl. *DS-TV 27-16*: „Wie geht's weiter? Herbstinterview mit dem NPD-Parteivorsitzenden Frank Franz“, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=W8IRMJm6u5M> [eingesehen am 28.12.2016].

„Kümmerer-Image“⁶¹ sollte erneut zum Schlüssel für eine erfolgreiche NPD-Renaissance werden. Mit einem vermeintlich bürgerlich-seriösen Erscheinungsbild möchten die Rechtsextremisten tief in der lokalen Gesellschaft wurzeln. Ihre ideologischen Grundsätze werfen sie dafür freilich nicht über Bord – diese werden vielmehr hinter einer Bieder-mannfassade versteckt. Die NPD macht Wahlkampf am Gartenzaun. Die Parteistrategen haben sich eine gewisse ideologische Zurückhaltung auferlegt, um nicht direkt mit der Tür ins Haus zu fallen. Lokalpolitische Themen stehen im Vordergrund, die „große Welt-politik“ wird selten bedient. Vollkommen ohne Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus kommen aber auch die angepassten NPD-Kommunalpolitiker nicht aus: Ist die Katze ihrer Weltanschauung erst aus dem Sack, laden sie auch vordergründig unverfängliche Fragestellungen völkisch auf.

Gleichzeitig empfahl Frank Franz, die NPD solle sich zukünftig möglichst auf erfolgver-sprechende Regionen und Wahlen konzentrieren. In einem Artikel für die Parteizeitung griff der mithin erfolglose Parteichef das zunächst vielversprechende Konzept der 1990er und 2000er Jahre auf, als die NPD verstärkt die „Soziale Frage“ thematisierte und mit dem Rückenwind der Proteste gegen die Sozialmarktreformen der rot-grünen Bundesre-gierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) einige nicht mehr für möglich gehaltene Wahlergebnisse einfuhr. Dazu gehörte etwa der zweimalige Einzug in die Landtage von Sachsen (2004, 2009) und Mecklenburg-Vorpommern (2006, 2011) sowie der Anstieg der Mitgliederzahlen. Die „Soziale Frage“, schreibt Franz, werde künftig „das alles ent-scheidende Thema“ sein. Dieses Thema sei bei keiner anderen Partei so gut aufgehoben, wie bei der NPD, die der frühere Bundespressesprecher als „einzig wahre Volkspartei“ bezeichnet. Die zurückliegenden Wahlkämpfe in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hätten gezeigt, dass die Zuhörer bei Parteiveranstaltungen mehr würden, sobald die Sprache auf sozialpolitische Themen komme. Die EU, der Euro oder Auslandspolitik seien demgegenüber keine zugkräftigen Fragestellungen. Gleichwohl, für die NPD ist die „So-ziale Frage“ untrennbar mit der momentanen „Masseneinwanderung“ verbunden, die „fi-nanziellen und sozialen Sprengstoff“ in sich trage. Als Ausweg aus der momentanen Krise empfiehlt Franz, „nah am Bürger“ zu sein und „soziale Kompetenz sympathisch zu ver-mitteln“. Dies könne direkt vor Ort geschehen, die NPD müsse ihre kommunalen Struktu-ren ausbauen, Graswurzelarbeit betreiben. Es sei an der Zeit, die „operative Gewichtung neu zu justieren“. Kritisch schreibt Franz seiner Partei ins Stammbuch, in den letzten Jahren habe sich die NPD zu sehr auf ihre Landtagsfraktionen konzentriert und die kom-munalpolitische Arbeit sowie die Arbeit auf der Straße vernachlässigt.⁶²

⁶¹ Vgl. Brandstetter, Marc: Kinderfeste hinter Stacheldraht. Die Entwicklung der NPD in Mecklen-burg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2011. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 44 (2013) 1, S. 146-157.

⁶² Vgl. Franz, Frank: Die Soziale Frage und die Graswurzelarbeit. In: Deutsche Stimme, Dezember 2016, S. 11.

Im Oktober 2016 hatte Franz in einem Interview mit „DS TV“ einen entsprechenden „Drei-Jahres-Plan“ vorgestellt, an dessen Ende der Einzug in den Landtag von Sachsen stehen werde. 2019 stünden aber ebenso die Urnengänge in Brandenburg und Thüringen und die Europawahl auf dem Zettel der NPD. Zunächst gelte die Aufmerksamkeit aber der saarländischen Landtagswahl, bei der die Partei „voll angreifen“ wolle. Bezüglich des Wahlgangs in Bayern bestünde noch Gesprächsbedarf, da 2018 die interne Parteiarbeit im Fokus stehen werde. Für die Zukunft setzt der Parteivorsitzende auf den Idealismus der eigenen Truppen.⁶³

Für die anstehenden Herausforderungen der NPD bietet Franz keine eigenen Konzepte, er setzt vielmehr auf eine Kombination der strategischen Ansätze seiner Vorgänger Udo Voigt und Holger Apfel. Im Kern bleibt Apfels „seriöse Radikalität“ prägend, auch die „Nach-Apfel-NPD“ versucht aus nachvollziehbaren Gründen eine gewisse Distanz zur radikalisierten Neonazi-Szene zu halten. In diesem Zusammenhang ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Partei auch den aktuellen Entwicklungen im rechtsextremistischen Milieu Rechnung trägt: Ein Teil der Neonazis hat sich längst von der NPD ab- und in Richtung der vergleichsweise neuen Parteien „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ zugewandt, die einer parlamentarischen Repräsentanz nur eine nachgeordnete Rolle einräumen. Vielmehr dient in beiden Fällen das Parteienprivileg als Schutzschild vor staatlichen Zugriffen. Bekanntlich genießen die politischen Parteien besondere Vorzüge. Ein Parteiverbot etwa ist deutlich schwieriger als das Verbot einer antidemokratischen Organisation nach dem Vereinsgesetz. Sowohl „Die Rechte“ als auch „Der Dritte Weg“ dürfen als Sammelbecken für Aktivisten verbotener Kameradschaftsstrukturen wie der „Nationale Widerstand Dortmund“ (NWDO), der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) oder im Falle des „Dritten Weges“ des „Freien Netz Süd“ (FNS) angesehen werden. Dessen ungeachtet bemüht sich Franz leidlich, der NPD eine strategische Richtung vorzugeben. Eine Feststellung, die über Udo Pastörs, der zuvor immerhin gut ein Jahr an der Spitze der Rechtsextremisten stand, nicht gemacht werden kann.

Der rheinland-pfälzische Landeschef Markus Walter versuchte nach dem desaströsen Abschneiden der NPD in Mecklenburg-Vorpommern auf Facebook eine Debatte über einen Antrittsverzicht bei der Bundestagswahl 2017 anzustoßen, ruderte nach einigem Gegenwind aber zurück. Nicht zuletzt weil bei bundesweiten Wahlen schon 0,5 Prozent der Stimmen reichen, um Mittel aus der Parteienteilfinanzierung zu erhalten. Wie kaum eine andere Partei ist die NPD zum politischen Überleben auf dieses Geld angewiesen. Fast jeder zweite Euro ihrer Einnahmen aus dem Jahre 2014 stammte aus Steuergeld (46,6 Prozent). Mehr als 1,4 Millionen Euro steuerte das verhasste „System“ zu ihrem Haushalt

⁶³ Vgl. DS-TV 27-16 (Fn. 60).

bei. Zum Vergleich: Die Mitgliedsbeiträge beliefen sich im Berichtszeitraum auf rund 460.000 Euro, Spenden „natürlicher Personen“ flossen in Höhe von rund 865.000 Euro an die NPD.⁶⁴

Ohne NPD im Namen

Ein weiteres Puzzleteil des NPD-Strategiebaukastens in den zurückliegenden beiden Jahren war der regelmäßige Verzicht auf den Parteinamen. Bereits zur sächsischen Kommunalwahl 2004 klebte der damalige Hoffnungsträger der Partei, Uwe Leichsenring, ein Fahrlehrer aus Königstein, Werbepлакate ohne Hinweis auf seine Parteizugehörigkeit. Der Slogan „Ein Mann. Ein Wort. Uwe“ sollte Tatendrang, Glaubwürdigkeit und Sympathie vermitteln. Satte 22,8 Prozent der Stimmen entfielen auf die kommunale NPD-Liste des späteren Landtagsabgeordneten, der sechs Jahre vorher in der *Sächsischen Zeitung* bekannt hatte: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.“

In der *Deutschen Stimme* hatten sich der damalige Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Andy Knappe und sein Amtsvorgänger Michael Schäfer bereits im November 2013 in einem gemeinsamen Strategiebeitrag dafür stark gemacht, das Label NPD über Bord zu werfen. Denn der Name NPD sei mittlerweile derart „verrufen und unbrauchbar“, dass es nicht einmal gelinge, die für einen Wahlantritt notwendigen Unterstützungsunterschriften zusammenzutragen. „Heilige Kühe“ müssten geschlachtet werden. Wenn aber mit einem „neuen Namen und einem sympathischen Auftreten“ Wahlerfolge möglich seien, „dann her damit“, forderten Knappe und Schäfer.⁶⁵

Die Ankündigung der NPD, zur Kommunalwahl 2014 in Mecklenburg-Vorpommern in ihrer Hochburg Ueckermünde nicht unter eigenem Namen anzutreten, war trotzdem eine faustdicke Überraschung. Die vor Ort erstaunlich gut integrierte Partei fuhr in der Vergangenheit stets Wahlergebnisse ein, die zu den höchsten Zustimmungsraten deutschlandweit gehörten. Bei der Landtagswahl 2006 entschieden sich 18,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die NPD-Liste, fünf Jahre später steigerte sie ihr Resultat um 0,1 Prozentpunkte auf 18,3 Prozent. Bei der Kommunalwahl 2011 reichte es für 12,1 Prozent. Damit zogen drei Vertreter in die Gemeindevertretung ein. Stattdessen sollte eine neue Vereinigung unter dem Namen „Wir von hier“ und dem Slogan „Entschlossen. Einig. Ehrlich“ um Wählervertrauen werben.

⁶⁴ Vgl. *Deutscher Bundestag: Drucksache 18/8475, S. 109.*

⁶⁵ Vgl. Brandstetter, Marc: *Parteinachwuchs will NPD „abschaffen“*, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/parteinachwuchs-will-npd-abschaffen.html> [eingesehen am 27.12.2017].

Die Strategie ging auf. Die vom NPD-Landesvorstandsmitglied Marco Müller geführte Liste bei der Kommunalwahl erzielte 14,1 Prozent und damit 2 Prozentpunkte mehr als die NPD 2009 eingefahren hatte. Damit wurde „Wir von hier“ drittstärkste Kraft in der knapp 9.000 Einwohner starken Stadt am Stettiner Haff. Nur die CDU (38,6 Prozent) und Die Linke (32,9 Prozent) schnitten besser ab. Neben Marco Müller, dem Bruder des Ex-NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller, zogen der damals 33-jährige Maurer Ronny Mättig und der Rentner Dieter Reetz, nach eigenen Angaben „ehrenamtlicher Sportfunktionär“, in das Kommunalparlament ein. Bürgermeister Gerd Walther machte gegenüber dem NDR einen „offensiven Wahlkampf“ für das gute Ergebnis verantwortlich. „Wir von hier“ hätte, so Walther weiter, „Themen, die den Leuten auf den Nägeln gebrannt haben, besser als die demokratischen Parteien benannt“. In Ueckermünde waren Rechtsextremisten nicht zum ersten Mal in einem unverfänglich erscheinenden Gewand unterwegs. Vor gut zehn Jahren sorgte die Bürgerinitiative „Schöner und sicherer Wohnen“ für Furore. Unter der Federführung von Tino Müller und dem NPD-Landesvize Michael Gielnik mobilisierte das Bündnis gegen ein geplantes Asylbewerberwohnheim und brachte mehr als 2.000 Menschen auf die Straße.⁶⁶

In Torgelow schaffte es die Liste „Alternative für Torgelow“ (AfT) bei den Kommunalwahlen 2014 mit 8,7 Prozent zum ersten Mal in die Stadtvertretung. Die gewählten Dan Schünemann und Rocco Murawski trugen bei einer Demonstration der reaktivierten „Schöner und sicherer Wohnen“-Kampagne ein Transparent, das vor einer „Asylantenstadt Torgelow“ warnte. Auf ihren Plakaten hatten der Elektrotechniker und der Modellschlosser ebenfalls auf einen bekannten NPD-Spruch zurückgegriffen: „Wir sagen, was sie denken“. Damit war die Partei im Europawahlkampf auf Stimmenfang gegangen. Sogar drei Sitze gewann die vom Verfassungsschutz als „rechtsextremistische Wählervereinigung“ eingestufte „Interessengemeinschaft Strasburg“⁶⁷, die als „Wählergemeinschaft Schöneres Strasburg“ (WGS) auf dem Wahlschein zu finden war. 15 Prozent der Bürgerinnen und Bürger entschieden sich für den WGS-Vorschlag, der mit fünf Personen ins Rennen ging. Die bereits 2006 gegründete Interessengemeinschaft gibt mit dem *Strasburger Beobachter* ein Blatt heraus, das Ähnlichkeiten mit den bekannten *NPD-Boten* aufweist.⁶⁸ Diese Lokalblätter nutzt die Partei, um ihre Weltanschauung unabhängig von den etablierten Medien unter die Menschen zu bringen. Auf ihrer Webseite wehren sich die WGS-Politiker hingegen gegen eine Einordnung als rechtsextremistische Organisation – „dieses Bündnis verfolgt weder Kommunistische, Rassistische oder Faschistische Interessen“ [sic!] –, doch selbst das vom stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden David

⁶⁶ Vgl. Staud, Toralf: *Glatzenbrot und Lebensrunen*. In: *Die Zeit*, Nr. 37, vom 07.09.2006).

⁶⁷ Vgl. Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2014*. Schwerin, 2015. – S. 48.

⁶⁸ Vgl. Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2015*. – Schwerin, 2016. – S. 44.

Petereit verantwortete Internetportal „MUPinfo“ stufte die WGS damals als „NPD-nahe Wählervereinigung“ ein. Mittlerweile ist das Portal, über das die Szene jahrelang Informationen verbreitet und gehetzt hatte, nicht mehr erreichbar. Die zugehörige Facebook-Seite wurde – wie auch die des NPD-nahen *Uecker-Randow-Boten* nach der Landtagswahl nicht mehr aktualisiert.⁶⁹

Bei einigen „Spaziergängen“ der von der NPD Mecklenburg-Vorpommern beeinflussten „Bürgerbewegung“ MVGIDA, die außerdem von einem Landesvorstandsmitglied der rechtsextremistischen Partei angemeldet worden waren, funktionierten die Anhänger alte Wahlplakate um, in dem sie das NPD-Logo abschnitten, so dass nur „Asylflut stoppen“ oder „Wehrt euch“ zu lesen war. Andreas Theißen, damals Wahlkreismitarbeiter des Ex-NPD-Fraktionsvorsitzenden Pastörs, mimte den Einpeitscher. Mit bekannten Parolen der Marke „Wir wollen keine Asylantenheime“ versuchte der wegen eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz zu einer 15-monatigen Bewährungsstrafe verurteilte Kader für Stimmung zu sorgen. Sein Chef Pastörs trat als „Gastredner“ auf.⁷⁰ Das Vorhaben der NPD-„Strategen“ war leicht durchschaubar: Mit Blick auf die Landtagswahl 2016 sollten neue Wählerschichten erschlossen werden. Landeschef Köster und seine Mannschaft wollten „besorgte Bürger“ an die eigene Partei binden, die sonst auf dem Wahlschein womöglich nicht die NPD angekreuzt hätten.

2016 testeten NPD-Mitglieder bei zwei Bürgermeisterwahlen den Antritt als unabhängige Kandidaten – und erzielten damit mehr als nur Achtungserfolge. In der kleinen saarländischen Gemeinde Mettlach entschieden sich im Juni 2016 9,28 Prozent der Wahlberechtigten für Peter Richter. Nach dem vorläufigen Endergebnis entfielen 558 Stimmen auf den Vizechef der Saar-NPD, der die Partei als Spitzenkandidat in den Wahlkampf zur Landtagswahl im Frühjahr 2017 führen wird. Die Neuwahl des Stadtoberhauptes war nach einem Skandal um eine frühere Gaststätte „Auf Kappelt“ notwendig geworden. In den Verkauf des Restaurants, das als Wohnheim für Flüchtlinge dienen sollte, waren mehrere SPD-Kommunalpolitiker verstrickt, was Anfang Februar 2016 zum Rücktritt von Bürgermeister Carsten Wiemann geführt hatte. Die SPD-Fraktion zerbrach als Folge der dubiosen Geschäfte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt mittlerweile gegen mehrere mutmaßlich beteiligte Personen.⁷¹ Richter inszenierte sich als knallharter „Aufräumer“ und brachte damit fast 10 Prozent der zur Wahl gegangenen Bürgerinnen und Bürger hinter sich. Ein beachtenswertes Abschneiden, vor allem vor dem Hintergrund der früheren NPD-

⁶⁹ Stand: 27.12.2016.

⁷⁰ Vgl. *Endstation Rechts*: „Durchschaubare NPD-Maskerade“, unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/durchschaubare-npd-maskerade.html> [eingesehen am 27.12.2016].

⁷¹ Vgl. *Wiemer, Patrick*: *Chronologie „Auf Kappelt“*, unter: http://www.sr.de/sr/sr3/themen/nachrichten/chronologie_saarhoelzbach106.html [eingesehen am 27.12.2016].

Resultate in Mettlach: Bei der letzten Kommunalwahl hatten die Rechtsextremisten hier gar nicht kandidiert und bei der Landtagswahl 2012 waren sie über 1,1 Prozent der Stimmen nicht hinaus gekommen.

Noch besser lief es vier Monate später für Mario Löffler im sächsischen Jahnsdorf. Ohne seine Parteizugehörigkeit zu offenbaren, warb der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete und Ex-Landeschef mit dem Slogan „Persönlich, verlässlich, wähl' ich!“ um Wählerstimmen. Der Großhändler für Schnitzerei und Holzkunst war zwar als Einzelkandidat angetreten, musste in seinem Heimatort aber als NPD-Politiker bekannt sein. So sitzt er seit 2008 für die Partei im Kreistag des Erzgebirgskreises. Mit 25 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichte Löffler das zweitbeste Ergebnis hinter Albrecht Spindler, auf dessen Kandidatur sich CDU, Freie Wähler und die SPD geeinigt hatten. Spindler verbuchte 63,4 Prozent und wurde damit im ersten Wahlgang gewählt. Auf Facebook schrieb der NPD-Mann, er sei mit diesem Ergebnis im Rücken bei „seinen politischen Zielen ein Stück weiter vorangekommen“. Im Wahlkampf hatte Löffler Stimmung gegen Asylbewerber gemacht. Die aufgeheizte Stimmung in dem Ort zeigte eine Episode aus dem Winter 2015. Damals hatten dreißig Flüchtlingsgegner einen mit Asylbewerbern besetzten Bus mit Steinen angegriffen und versucht, den Bus an der Zufahrt zur Unterkunft zu hindern.⁷²

Fazit und Ausblick

Trotz ihres Bedeutungsverlustes sollte man die NPD nicht aus den Augen verlieren. Die Geschichte dieser Partei liest sich wie ein Buch mit vielen Niederlagen und nur wenigen Erfolgskapiteln. Unzählige Male stand sie bereits am Abgrund: Das knappe Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 1969 (4,3 Prozent) stoppte ihren kometenhaften Aufstieg – innerhalb von nur drei Jahren war sie zuvor in sieben Landesparlamente eingezogen – und führte sie geradewegs in die politische Bedeutungslosigkeit. Dort verharrte sie mehr als 35 Jahre, erst der Gewinn von zwölf Mandaten bei der sächsischen Landtagswahl 2004 (9,2 Prozent) brachte der NPD den Sprung zurück auf die politische Bühne. Gleichwohl in bescheidenem Rahmen.

Eine ihrer schwersten Krisen durchlief die Partei 1990/91, als ihr damaliger Vorsitzender, der Tuttlinger Rechtsanwalt Martin Mußnug, für die Partei keine Zukunft mehr sah. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl hatte sie, obwohl sich mit der Wiedervereinigung eine ihrer ureigensten Forderungen erfüllte, nur 0,2 Prozent der Stimmen erhalten, was sie nicht nur in eine tiefe Depression, sondern auch in eine gewaltige finanzielle

⁷² Vgl. *Zeit online*: „30 Menschen attackieren Flüchtlingsbus“, unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-12/jahnsdorf-angriff-fluechtlinge-asylbewerberheim> [eingesehen am 27.12.2016].

Schieflage stürzte. Wie dem auch sei, die Basis folgte nicht dem Plan Mußnugs, die NPD in die neugegründete Sammlungsbewegung „Deutsche Allianz“ (später „Deutsche Liga für Volk und Heimat“) zu überführen. In einer Kampfabstimmung um den Chefsessel setzte sich der Fusionsgegner Günter Deckert durch, der mit seiner geschichtsrevisionistischen Linie die NPD weiter ins gesellschaftliche Abseits manövrierte.⁷³

Erst Udo Voigt weckte durch eine erneute politische Kurskorrektur – mehr soziale Themen, eine breitere Strategie („Vier-Säulen-Strategie“), Zusammenarbeit und Integration von Neonazis – die dahindümpelnde Partei aus ihrem Dornröschenschlaf. Doch auch unter Voigt gab es zahlreiche Rückschläge, die das Ende der ältesten Organisation der parteipolitisch organisierten extremen Rechten hätten bedeuten können: Etwa das erste Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, das am Unvermögen der staatlichen Stellen scheiterte, oder die „Affäre Kemna“. Erwin Kemna, der einstige NPD-Schatzmeister und enge Weggefährte Voigts, hatte die Partei fast um eine dreiviertel Million Euro betrogen und damit einen heftigen Machtkampf der beiden Hauptflügel ausgelöst, der die Partei zu zerreißen drohte und noch immer droht.⁷⁴

Trotz aller innerparteilichen Streitigkeiten, Wahlniederlagen, der gesellschaftlichen Ächtung, den Affären, dem Verlust ihrer Landtagsfraktion in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Maßnahmen der Zivilgesellschaft und des Staates: Die NPD erwies sich als überaus zäh und hielt über die Jahre – gestützt auf einen kleinen Kreis fanatischer Anhänger – ihren Apparat aufrecht. In der aktuellen Diskussion um den desolaten Zustand der NPD wird oft vergessen, dass sich die Partei als „Kampfgemeinschaft“, als „Weltanschauungspartei“ versteht. Ihr geht es nicht darum, eine Alternative im System, sondern eine Alternative zum System zu sein. Die Mitglieder sind zumeist bis in die Haarspitzen motivierte Überzeugungstäter, die „den Kampf um Deutschland“ 24 Stunden am Tag ausfechten und persönliche Angelegenheiten zugunsten der „Sache“ zurückstellen. Genau deshalb darf die NPD – trotz allem – nicht unterschätzt werden.

Dass die NPD in naher Zukunft an ihre „Erfolge“ aus dem letzten Jahrzehnt anknüpfen kann, ist eher unwahrscheinlich. Dazu haben sich die Gelegenheitsstrukturen, aber auch das Angebot der Partei, zu sehr verändert. Die NPD hat ihre rechte Monopolstellung verloren, in der Szene und im Wahllokal. Die Konkurrenz ist zu groß und – vor allem – derzeit zu stark, als dass sich die Situation zu ihren Gunsten ändern dürfte. Der Rückwind aus dem eingestellten Verbotsverfahren sollte ebenfalls schwach ausfallen. Die aus-

⁷³ Vgl. Hoffmann, Uwe: *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur.* – Frankfurt am Main u.a.: Lang, 1999. – S. 255ff.

⁷⁴ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*: „Erhebliche kriminelle Energie“, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/urteil-gegen-kemna-erhebliche-kriminelle-energie-1.706891> [eingesehen am 02.01.2017].

bleibenden Resultate werden die parteiinternen Konflikte anheizen, ihre Spaltung hat die Partei nicht aufgearbeitet. Wie auch, die Quadratur des Kreises, der Brückenschlag zwischen Neonazis einerseits und gemäßigteren Parteigängern kann und wird nicht gelingen.

Achtungserfolge auf lokaler Ebene sind davon freilich nicht ausgeschlossen. Besonders dann, wenn NPD-Kader Aktivitäten wie Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte als Privatpersonen und nicht als Vertreter der Partei organisieren, steuern und auf Parteistrukturen zurückgreifen. Den Beweis, dass vorgeblich parteiunabhängige Wahlantritte ebenfalls zu einer gewissen Resonanz führen können, hat die NPD, ihre Funktionäre oder Gliederungen bei einzelnen Bürgermeisterwahlen oder Kommunalwahlen angetreten.